

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 42

SOS
MITMENSCH

KOLPORTAGE DAVON 1,25
2,50€
FÜR EUBRO

GESPRÄCHE MIT ÜBERLEBENDEN

DAS WAR SYRIEN

TRAIN OF HOPE
Einem Phänomen auf der Spur.

FPÖ
Alles nur Einzelfälle?

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existentielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschweren, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Bulent Kilic / AFP / picturedesk.com

Ein Blick auf Kobane (Ain al-Arab) im Jänner 2015. Ein Symbol für die ungeheuren Zerstörungen, die der Krieg seit 2011 in Syrien gefordert hat.

G Liebe Leserin Lieber Leser

Gefühlt seit Jahren vergeht kein Tag ohne Flüchtlings-Schlagzeilen. Das erstaunliche daran ist, dass über Flüchtlinge unendlich viel gesprochen wird, während der Wissensstand über die Menschen selbst sich kaum zu verändern scheint. Flüchtling, das ist jemand aus dem Irak, aus Syrien oder aus Afghanistan. Ein Flüchtling eben. Umso erstaunlicher erscheint diese völlig undifferenzierte Perspektive vor dem Hintergrund der Diskussion über „europäische Werte“. Weil neben der Flüchtlingsdiskussion auch noch die über „den Islam“ sämtliche Aufmerksamkeit auffrisst, haben wir uns mit Menschen aus Syrien getroffen und sie gebeten, uns mehr über sich und die Gesellschaft zu erzählen, aus der sie gekommen sind. Eine Gesellschaft, die unter der Diktatur des Assad-Clans litt, in der es vergleichsweise Wohlstand, sozialen Frieden und ein gutes Bildungsangebot gab, in der es auch vorkam, dass zwischen den Religionen geheiratet wurde. Und die nun, man muss es angesichts des entsetzlichen Krieges so sagen, für lange Zeit verloren ist. Nour, einer unserer Gesprächspartner, kommt aus al-Bukamal an der Grenze zum Irak. Wer den Namen dieser Stadt auf Google-Bilder eingibt, wird erahnen, welchem Horror Menschen wie Nour entkommen sind.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Karin Wasner



Foto: Train of Hope



Illustration: Eva Vasari

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Ein Plädoyer für eine Unter- statt einer Obergrenze für Flüchtlinge.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Das war Syrien

8 DANN HAT MAN IMMER NOCH EINEN PLAN B

Aram und Joo sind zwei Syrer, die mit ihren Familien ein gutes Leben geführt haben. Nun sitzen beide allein in Bad Fischau fest. Eine Bestandsaufnahme.

Reportage: Sonja Dries

12 DER FANATISMUS IST RELATIV NEU

In Österreich wird viel über Flüchtlinge gesprochen. Aber kaum jemand weiß etwas über deren Herkunftsländer. Was aber war Syrien für ein Land? Ein Doppel-Interview über eine Gesellschaft, die es so nicht mehr gibt.

Interview: Gunnar Landsessel, Alexander Pollak

Welt

17 FOTO-INTERVENTION

Die Wiener Künstlerin Esin Turan bat Menschen, ein Vorurteil auf ein Plakat zu schreiben, das ihnen begegnet ist. Daraus entstand eine beeindruckende Fotoserie.

Fotostrecke: Esin Turan

22 DA KONNTE MAN KAUM NOCH AUSSTEIGEN

50.000 Facebook-Follower wollten von ihnen die aktuellsten News, Tausende halfen. Dabei entstand die Flüchtlingsinitiative „Train of Hope“ praktisch aus dem Nichts. Ein Portrait.

Text: Eva Bachinger

25 WIR SIND DIE 99 PROZENT

Die Regenbogenvolksschule in Wien unterrichtet Kinder aus allen Ländern. Zu Beginn gab es Skepsis. Heute ist die Direktorin stolz auf das Erreichte.

Reportage: Stefan Kraft

28 ALLES NUR EINZELFÄLLE

Immer wieder fallen FPÖ-Funktionäre mit rechtsradikalen oder herabwürdigenden Aussagen auf. Alles nur Einzelfälle?

Text: Adrian Engel

31 MASTERPLAN MIT TÜCKEN

Die schwarz-blaue Koalition in Oberösterreich zeitigt erste Ergebnisse ihrer Integrationspolitik: Kürzung der Mindestsicherung und verpflichtendes Deutsch am Schulhof.

Text: Sonja Dries

32 PROBLEMFALL POLEN?

In der EU sorgt Polen mit seiner rechtsnationalen Politik immer wieder für Kopfschütteln. Polen hat sich aber auch positiv entwickelt, argumentiert Piotr Dobrowolski.

35 TÜRKEI IM WANDEL

In der Türkei gründen sich als Reaktion auf die patriarchal-konservative Politik der AKP neue Frauennetzwerke.

Text: Ayse Dursun

Rubriken

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Die Hetzmasse.

Philipp Sonderegger: Wer fehlt? Die Friedensbewegung.

Clara Akinyosoye: Gesinnungsfeinde

40 BÜCHER, FILME, EBOOKS

Der Körper als Ware; Die Dschihad Generation; Nur die Toten kehren zurück; Der Kampf um die Donauauen

42 COMMUNITY NEWS

Neues aus den muslimischen Communities

Text: Ibrahim Yavuz

45 SOS MITMENSCH

Benefizauktion zeitgenössischer Kunst

46 ANDERE ÜBER...

Margit Schratzenstaller über die angedachten Kürzungen der Mindestsicherung.

43 IMPRESSUM

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at



SCHARFNET



Kontakt
Tel: 059 808
service@oebv.com

www.oebv.com

Bestens versichert? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung

- > Bei uns sind Sie mit Sicherheit in besten Händen
- > Wir sind die Versicherung für den öffentlichen Sektor
- > Unsere Angebote richten sich aber an alle



poolbar

Festival Wien

2.–5. Juni
div. Locations

Festival Feldkirch

7. Juli–20. August
Altes Hallenbad



poolbar.at



„DER STANDARD-Kompakt hat genauso viel Gewicht wie der große. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

3 WOCHEN
GRATIS
TESTEN!



DER STANDARD KOMPACT
Jederzeit kündbar – mit SoftStorno Qualität im Handformat

DIENSTAG, 15. SEPTEMBER 2015 ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Flexibel im Format, unbeugsam im Inhalt

DER STANDARD: als Klassik, Kompakt oder E-Paper

Liechtenstein/Wien – Kompakte Länder wie Liechtenstein können aufatmen: Kompaktheit wurde jetzt erstmals offiziell als nützlich nachgewiesen. Dies gelang einer 19-jährigen Abonentin aus dem Wiener Alsergrund, die nach der neuwöchigen Lektüre des STANDARDkompakt einen deutlichen Wissensvorsprung gegenüber ihrem sozialen Umfeld aufwies, dabei aber die vorteilhaften Inhalte weiterhin unterwegs und in kürzester Zeit konsumieren konnte.

Damit wird auch für die Frage, ob kompakte Lebensmittel wie straff gerollte Dosenfische oder besonders eng gepackte Walnüsse für den Menschen von Vorteil sind, mit einer positiv ausfallenden Antwort gerechnet.

In der wissenschaftlichen Community hat die Gewissheit über diesen schon lange vermuteten Vorteil von Kompaktheit einen wahren Kompakt-Boom ausgelöst. Kompakte Studien zu kompakten Themen mit kompakten Ergebnissen erfreuen sich unter Forschern neuer Beliebtheit.

Für den kompaktfreundigen Laien gilt, was der Volksmund schon seit Generationen predigt: In der Kürze liegt die Würze. Damit wird auch für die Frage, ob kompakte Lebensmittel wie straff gerollte Dosenfische oder besonders eng gepackte Walnüsse für den Menschen von Vorteil sind, mit einer positiv ausfallenden Antwort gerechnet.

Kompaktheit wurde jetzt erstmals offiziell als nützlich nachgewiesen.



Seriös, unabhängig, unbeugsam

Österreich – Immer mehr Menschen suchen Kontakt zu einem flexiblen Partner, der dabei auch ruhig unbeugsam ausfallen darf. Besonderer Wert wird dabei häufig auf Inhalt bei gleichzeitiger Vollständigkeit gelegt. Charakterlich gefestigte Personen mit starker eigener Meinung und Offenheit erwarten von ihrem Gegenüber Seriosität, Unabhängigkeit und sogar Unbeugsamkeit im Inhalt, wenn auch Flexibilität im Format durchaus als Plus gesehen wird.

Dass bei der Wahl des Diskurspartners ein Geben und Nehmen auf Augenhöhe Grundvoraussetzung ist, überrascht nicht weiter. Offenheit, Neugierde und Dialogfähigkeit gelten hier als positive Eigenschaften.

Man wählt eben besonders umsichtig, wen man täglich beim Frühstück vor sich hat.

Die Zeitung für Leserinnen und Leser im Abo

DER STANDARD verbessert Ihre Lebensqualität

Waidegg – Das Handformat macht mit der Aktion „Jetzt 3 Wochen gratis testen“ derzeit von sich reden. Max Manus, Österreichs führender Hersteller von Handtellern in Originalgröße, bezichtigt den STANDARD, seine Kompakt-Ausgabe im Handformat in Anlehnung an seine linke Hand gestaltet zu haben. Eine Klage wird in zweiter Instanz in Erwägung gezogen, in erster Instanz ist sie bereits abhandgekommen. Derzeit geht man in belebten Kreisen davon aus, dass das Handformat an sich wohl schon fast so alt ist wie die Hand selbst – oder doch so alt wie das beliebte Gesellschaftsspiel „Schere, Stein, Papier“, in dem jedes Handformat ein anderes schlägt. „Wenn eine Zeitung schon im Handformat erscheint, warum dann bitte ohne Finger?“, soll eine anonyme deutsche Politikerin zu dem Thema gesagt haben, viel eher jedoch stammt die Aussage von dem Rapper HaHaND\$, dem Drechsler handfester Sprüche. Ein neuerliches Gutachten der Argru HAND (Heutige Angehende Neue Denker) will nun einen Zusammenhang zwischen dem Lesen des Handformats in kritischen Kreisen und der Handlichkeit unbeugsamen Journalismus im Allgemeinen herstellen, was wohl insofern als gegeben zu erachten ist, als die Neuen Denker überdurchschnittlich häufig auch Abonnenten einer gewissen Qualitätszeitung – Name der Redaktion bekannt – sind. Nimm das, Max Manus!

[derStandard.at - http://derStandard.at/Abo](http://derStandard.at/Abo) • [@derStandard.at](https://www.facebook.com/derStandard.at) • [derStandard.at](https://www.instagram.com/derStandard.at) • AboService 0800/50 15 08 • Retouren: Postfach 100, 1350 Wien • GZ: 13Z039544T • P.b.b.



Flexibel im Format, unbeugsam im Inhalt. Jetzt 3 Wochen gratis lesen. Gleich bestellen unter:
derStandard.at/Testlesen



Die Zeitung für Leserinnen

ASYLPOLITIK

Reden wir über eine Untergrenze

Wir brauchen eine Unter- statt eine Obergrenze: Denn die von manchen geforderte Rückkehr zur Flüchtlingsaufnahmezielgröße „Null“ würde Krisen verschärfen und Illegalisierung und Tod befördern.

Kommentar: Alexander Pollak

Nicht mehr als 37.500 Asylanträge im Jahr 2016, sagt die Bundesregierung. Die einen bezeichnen das als fixe Obergrenze, die anderen als Richtwert. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) will die Aufnahme von Asylsuchenden mittelfristig sogar „bis zum Nullpunkt“ herunterdrücken.

Für Flüchtlinge bedeutet die Asylbegrenzungszahl, dass eine Art Wettlauf um die ersten 37.500 Plätze ausgerufen wurde. Vor allem jene, die in Österreich bereits Familienangehörige haben, müssen alles riskieren, um noch rechtzeitig die Grenze zu passieren.

Mittlerweile 60 Prozent Frauen und Kinder

Bereits in den vergangenen Wochen haben immer mehr Frauen und Kinder die gefährliche Überfahrt über das Meer gewagt. Waren im Juni 2015 noch zu mehr als 70 Prozent Männer auf dem Weg nach Europa, sind es inzwischen zu 60 Prozent Frauen und Kinder.

Die Anzahl der tödlichen Unfälle auf dem Fluchtweg ist gestiegen. Doch das ist erst der Anfang. Mit der Nennung der Zahl 37.500 hat sich die österreichische Regierung selbst massiv unter Druck gesetzt, immer unmenschlicher gegenüber Menschen auf der Flucht vorzugehen, je näher die Asylantragzahlen an das Limit heranrücken.

Null-Quote verschärft das Problem

Zu beachten ist, dass in die Asylzahlen nicht nur nachziehende Familienangehörige miteingerechnet werden, sondern auch jedes in Österreich geborene Kind von Flüchtlingen. Damit wird die absurde Situation geschaffen, dass nach Erreichen des Limits kein Kind mehr in Österreich zur Welt kommen dürfte, dessen Eltern Asylsuchende oder Asylberechtigte sind. Was ist also zu tun, um eine Spirale der Unmenschlichkeit zu verhindern? Zuallererst: Die Regierung darf sich von der selbst aufoktroierten Begrenzungszahl nicht in Geiselnahme nehmen lassen. Die Politik muss dazu gedrängt werden, der Wahrung von Menschenrechten mehr Priorität zu geben als dem strikten Festhalten an einer Obergrenze.

Darüber hinaus muss weiter mit Hochdruck an einem zumindest von Teilen der EU gemeinsam betriebenen Asylsystem gearbeitet werden, das die Asylantragstellung nicht nur in Europa, sondern auch bereits außerhalb ermöglicht.

Menschen auf der Flucht muss endlich gesagt werden, wie sie legal, sicher und geordnet nach Europa kommen können, anstatt ihnen nur zu sagen, wie sie nicht kommen sollen und dürfen.

Darüber hinaus gilt es eine Integrationsinfrastruktur aufzubauen, die Neuankom-

mende nicht nur in Quartieren verwahrt, sondern ihnen von Anfang an die Chance eröffnet, Fuß zu fassen und integraler Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Es braucht aber noch etwas: eine Untergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Das mag angesichts der derzeit populären Abschottungsbestrebungen vielleicht paradox klingen, aber solange so viele Menschen auf der Flucht sind, wäre eine Rückkehr zu einer Politik der Nullaufnahme fatal. Es war nämlich die von der EU und auch von Österreich proklamierte Aufnahmezielgröße „Null“, die in den vergangenen Jahren viele Probleme verschärft hat. Länder in Krisenregionen wurden im Stich gelassen, Flüchtlinge in die Hände skrupelloser Schlepper und auf tödliche Fluchtrouten gedrängt. Darüber hinaus hat die Nullzielgröße dafür gesorgt, dass keine ausreichende und vor allem keine nachhaltige Aufnahme- und Integrationsinfrastruktur geschaffen wurde.

Eine Untergrenze bei der Flüchtlingsaufnahme würde mehr Sicherheit, Ordnung und Perspektiven bedeuten. Aufnahme und Integration wären besser plan- und finanzierbar. Und eine bessere Vorbereitung der Bevölkerung wäre möglich.

Vor allem aber würde eine Untergrenze für ein Mindestmaß an Solidarität und Menschlichkeit sorgen.



Illustration: Petja Dimitrova



Dem Krieg entkommen. Aram (2. v.li.) ist einer jener syrischen Flüchtlinge, die in Bad Fischau untergebracht sind. Im Krieg in Syrien starben seit 2011 geschätzte 250.000 Menschen.

DANN HAT MAN IMMER NOCH EINEN PLAN B

Nun sitzen sie hier fest, Aram und Joo, zwei Syrer in Bad Fischau. Sie haben als Schmied, Hotelmanager und Kommunikationschef gearbeitet und mit ihren Familien ein gutes Leben geführt. Aber der Krieg hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Reportage, Fotos: Sonja Dries



Gelebte Integration. Engagierte Menschen in Bad Fischau organisieren für die Flüchtlinge Ausflüge, Picknicks, Fußballspiele oder einen Besuch im Bad Fischauer Thermalbad (Bild).

Als die Revolution in Syrien ausbrach, war Aram noch bei einigen der Demonstrationen mitmarschiert. Wie viele andere Menschen hatte er das Gefühl, in Syrien in einer Diktatur zu leben. Zu Wahlen war er nie gegangen, das Ergebnis, sagt er, stand sowieso schon immer im Vorhinein fest. Als die Demonstrationen gewalttätig wurden, nahm sich der junge Mann politisch zurück. Heute ist das arabisch-sozialistische Land, das einen vergleichsweise Wohlstand bot, ein Trümmerhaufen. Die Bilanz: fünf Jahre Krieg, die Terrorherrschaft des Islamischen Staates über Teile des Landes und mit Baschar al-Assad ein Diktator, der schon angezählt war und nun notgedrungen einer der Verhandlungspartner der internationalen Gemeinschaft ist. Wäre Syrien ohne Assad besser dran? „Es bringt nichts, alles auf die Regierung zu schieben. Die Leute müssen bei sich selbst mit der Veränderung beginnen“, sagt Aram, dem die Hoffnung auf Frieden nicht mehr ganz gelingen will. Dabei hatte er doch Pläne für sein Leben. Nach dem Abschluss der Highschool wollte er an der Universität in Damaskus Informatik studieren. Als das Militär ihn einziehen wollte und der Islamische Staat Kobane angriff, drängte Arams Vater seinen Sohn, das Land zu verlassen. Er ging in den Irak nach Arbil, war drei Monate lang

ohne Arbeit und lebte auf der Straße, weil die Zustände im Flüchtlings-Camp unerträglich waren. Dann fand er einen Job als Schmied. Als er sich nach einiger Zeit nach Syrien durchschlug, war seine Familie bereits vertrieben. Was blieb, war die Flucht nach Europa. Von der Türkei mit einem Schlauchboot nach Griechenland, sieben Tage im Camp auf Kos. Keine Elektrizität, keine Sicherheit, erinnert sich Aram mit geschlossenen Augen. Weiter von Athen nach Thessaloniki und zu Fuß durch Mazedonien

IN SERBIEN ÜBERFIEL ARAM EINE BANDE. AM ENDE WOLLTEN SIE NOCH SEINE KLEIDUNG.

und Serbien. Dort überfiel ihn eine Bande, nahm ihm sein letztes Geld und das Handy. „Sie wollten auch meine Kleidung. Als ich ihnen sagte, dass ich nichts mehr Sauberes habe, ließen sie locker.“ In Belgrad traf er einen Mann in einem Kaffeehaus, der ihm einen Transport nach Österreich anbot. In einem Kastenwagen schaffte er es bis nach Traiskirchen. Das war am 10. Juni 2015. Aram Kassem ist 21 Jahre alt, hat nackenlange schwarzbraune Haare und dunkelbraune Augen. Er trägt gern Mützen oder Baseball-Caps. In seiner Heimatstadt Ko-

bane ging er in die Schule, nebenbei half er seinem Vater in dessen Schmiede. So lernte er das Handwerk. Damals, als er noch ein normales Leben hatte, mochte er Musik, ging auf Konzerte, spielte mit Freunden Fußball. Das Verhältnis zum Vater war gut. „Mein Vater wusste, dass ich rauche, ich durfte es nur niemals vor seinen Augen tun“, skizziert Aram eine Beziehung, die nicht streng, aber von Respekt geprägt war. Fragt man Aram, wie sein Leben damals in Syrien war, dann sagt er, dass es ein gutes Leben war.

Jwan Joo Joo ist 34 Jahre alt, hat schwarze, lockige Haare und ein ansteckendes Lächeln. Er wuchs im syrischen Amuda auf, an der Grenze zur Türkei und zum Irak. Dort lebte er gemeinsam mit seinen Eltern, zwei jüngeren Brüdern und zwei älteren Schwestern. Sein Vater betrieb ein Kleidergeschäft im Ort, seine Mutter kümmerte sich als Hausfrau um die Kinder. Schon mit acht Jahren begann Jwan neben der Schule zu arbeiten. „Für unsere Kultur ist das normal. Man soll etwas lernen und arbeiten, denn wenn eines von beiden misslingt, hat man immer noch einen Plan B“, erklärt er. In seiner Freizeit spielte er Gitarre und gründete eine Band mit seinen Freunden. Sie spielten kurdische Musik, obwohl er selbst, wie er erzählt, klas-

sische Musik der Romantik liebt. Er schrieb Gedichte in arabischer Sprache, las historische Bücher und spielte Volleyball. Nach der Schule ging Joo auf die Hotelfachschule in Aleppo, nebenbei arbeitete er als Küchenhilfe. Seine Freizeit sah aus wie die vieler Jugendlichen in Europa. Discos und Bars spielten eine Rolle, zumindest am Wochenende. Auf einer Party lernte er seine zukünftige Frau kennen. Weil er, behauptet er zumindest, der beste Tänzer war, sei er ihr sofort aufgefallen. Joo ist ein Scheidungskind, seine Eltern trennten sich, als er 17 war. Als ältester Sohn übernahm er die Verantwortung für seine Mutter und seine Geschwister. Ein knappes Jahr jobbte er im Libanon in einem Restaurant, danach ging es nach Dubai. Dort brachte er es, der ein Studium in Business Administration abgeschlossen hat, bis zu einer führenden Position in einem 4-Sterne-Hotel. Eine Zeitlang arbeitete er auch als Kommunikationsleiter in einer Ersatzteilfirma für Autos. Seine Jobs gefielen Joo. Kontakt mit verschiedensten Nationalitäten, Englisch sprechen, das waren Jobs, die der ambitionierte Mann schätzte.

Am 19. Juni vergangenen Jahres kreuzten sich die Lebenswege von Aram und Joo in Österreich. Es war ein Freitag, als in einer Hauruck-Aktion 250 Flüchtlinge, ausschließlich Männer, aus dem völlig überlaufenen Lager in Traiskirchen nach Wiener Neustadt gebracht wurden. Unter ihnen auch die beiden jungen Männer. Als

Joo Syrien 2011 verlassen hatte, um im Libanon und Dubai zu arbeiten, begannen die Unruhen in Syrien. Joo war auf der Seite der Rebellen. Wenn er über Assad redet, sieht man, wie der Zorn in ihm aufsteigt: „Assad behandelt Syrien wie seine Farm, und die Bewohner sind seine Arbeiter. Wenn sie ihn um Freiheit bitten, sagt er ihnen, dass er ihnen nur gibt, was er will, und wenn sie das nicht akzeptieren, müssen sie sterben“. Joo gibt Assad die Schuld für den blutigen Ausgang einer einst friedlichen Revolution. Für ihn zu kämpfen war keine Option. Für die Hochzeit besorgte sich seine Verlobte ein Visum und

JOO: BUSINESS ADMINISTRATION, HOTELMANAGER, UND NUN: FLÜCHTLING.

reiste nach Dubai. Sie lebten dort ein Jahr gemeinsam, dann wurde sie schwanger. Weil es ihr erstes Kind war, entschieden sie, dass Joos Frau für die Geburt zurück nach Syrien gehen sollte, um dort mit Unterstützung ihrer Verwandten das Kind zu bekommen. Danach, so der Plan, würden Mutter und Kind nach Dubai zurückkehren. Doch so weit sollte es nicht kommen. Joos Sohn, der heute knapp zwei Jahre alt ist, bekam keinen Pass ausgestellt. Die Regierung machte zur Bedingung, dass der Vater nach Syrien zurückkehrt und sich dem Militär anschließt. Joos Pass lief ab.

Er konnte ihn weder verlängern noch ein neues Visum für seine Frau beantragen. Weil er unbedingt zurück zu seiner Familie wollte, kündigte er seinen Job, verkaufte sein Auto und alles, was er in Dubai besaß. Illegal reiste er über die Türkei nach Syrien. „Mein Sohn war damals acht Monate alt, als ich ihn das erste Mal in den Arm nehmen durfte“, erinnert sich Joo mit Wehmut. Er genoss es, Zeit mit ihm zu verbringen, doch sein Zuhause war für ihn zum Gefängnis geworden. „Wir lebten damals in Al-Hasaka, und Assads Truppen, das kurdische Militär und ISIS kämpften hier. Es war grausam, ich konnte mich nicht frei bewegen.“ Er entschied sich, zu fliehen. Für das Baby wäre die Reise viel zu gefährlich und anstrengend gewesen. 90 Stunden lang ging es über Berge und durch Flüsse in die Türkei. Die Grenze war bereits geschlossen. Schlepper brachten den Syrer in einem Lieferwagen nach Österreich. Fünf Tage mit Wasser und ein paar Datteln. Österreich war Joos erklärtes Ziel. „Ich hatte schon viel über die österreichische Geschichte gelesen und dass dieses Land sich immer um die Ausbildung und Arbeit seiner Bürger gekümmert hatte.“ In das Land von Sigmund Freud, Johann Strauß und Mozart, wie Joo die ihm geläufigen Kulturvertreter aufzählt, wollte er vormarschieren, um die Familie dann nachzuholen. In der Arena Nova in Wiener Neustadt war dann vorläufig Endstation.

Würde die Hand ins Feuer legen

Schon kurz nachdem die Flüchtlinge in die Veranstaltungshalle eingezogen waren, organisierten sich viele Freiwillige aus der Umgebung, um zu helfen. Darunter auch die Bad Fischauerin Heidi Baek, die beruflich in ihrem Geschäft Möbel tapeziert und Restaurierungs-Workshops abhält. Gemeinsam mit anderen Menschen aus dem Ort organisierte sie Ausflüge, Picknicks, Fußballspiele oder einen Besuch im Bad Fischauer Thermalbad. Die Initiative setzte mithilfe des Bürgermeisters durch, dass 11 syrische Männer in die Räumlichkeiten der alten Gendarmerie einziehen konnten. „Innerhalb von zwei Tagen haben wir das Gebäude bewohnbar gemacht, und von den Betten über das Geschirr bis zu Grünpflanzen und Kerzerln war alles da“, erzählt Baek. Heute erinnert kaum mehr etwas an den vorherigen Zweck der Wohnung. Nur eine Zelle mit einer Tür aus Gitterstäben ist geblieben. Auch Joo sollte ursprünglich in die WG einziehen, als ihm ein Ehepaar aus

Autor Jwan Joo Daod, Präsentation seines Kochbuches: „Zu Gast bei Freunden – 12 Geschichten und Rezepte aus Syrien“, Edition Esspapier.





Alte Gendarmerie als Unterkunft für 11 syrische Männer. „Innerhalb von zwei Tagen haben wir das Gebäude bewohnbar gemacht und von den Betten über das Geschirr bis zu Grünpflanzen und Kerzern war alles da“, erzählt Heidi Baek.

Markt Piesting anbot, bei ihnen zu wohnen. „Für mich war es unglaublich, dass sie mit mir zusammenleben wollten, obwohl sie mich gar nicht kannten“, zeigt sich der junge Mann gerührt. Heute sind sie für ihn zu seiner zweiten Familie geworden.

Mittlerweile haben fast alle syrischen Männer in Bad Fischau einen positiven Bescheid bekommen. Aram am 10. November, wie er gleich in seinem Pass herzeigt. Mittlerweile ist er in eine eigene Wohnung gezogen. „Allein für Kaution und Provision brauchen die Männer dann schon mal mehrere tausend Euro“, beschreibt Heidi Baek, die vor Kurzem selbst einen syrischen Mann und seinen zehnjährigen Sohn bei sich zu Hause aufgenommen hat, die Probleme bei der Wohnungssuche. Sehr hilfreich seien aber gute Deutschkenntnisse. Gerade hier hatte Baek am Anfang die Motivation bei einigen vermisst. Ihnen schien die Bedeutung nicht bewusst, oder sie waren noch zu sehr von den Strapazen gezeichnet, um Neues aufzunehmen. Heute besuchen alle Syrer in Bad Fischau regelmäßig einen Deutschkurs, auch Aram und Joo. Das Sprechen funktioniert schon gut, doch um ihre Erlebnisse genau zu schildern, ist der Wortschatz noch zu klein, und sie bleiben beim Englisch. Neben der anfänglichen Unlust, Deutsch zu lernen, hat Heidi Baek eigentlich nur die Unpünktlichkeit geärgert: „Wenn man sich zwei Uhr ausmacht, ist drei Uhr eigentlich schon super.“ In-

gesamt beschreibt sie ihre Erfahrungen in den letzten Monaten jedoch als sehr erfüllend und bereichernd. Es seien Freundschaften entstanden, die nicht mehr auf der Ebene HelferIn und Flüchtling stattfinden. Auch im Ort hat sie nun Kontakt mit Leuten, die sie vorher gar nicht gekannt hat. Die positiven Erlebnisse erhielten durch die Ereignisse rund um Silvester allerdings einen bitteren Beigeschmack. Für die syrischen Männer, die sie betreut, würde sie jedoch ihre Hand ins Feuer legen. „Bevor ich das erste Mal in der Arena Nova war,

MAN FRAGT SICH, WOFÜR MAN HIER KÄMPFT, FÜR WEN DIE KINDER IHR LEBEN VERLIEREN.

hatte ich noch Bedenken, ob ich als Frau allein da rausfahren sollte“, gesteht sie. Nach den ersten Treffen sei die Skepsis aber völlig verschwunden. Auch ihre drei Töchter im Teenageralter unternehmen immer wieder etwas mit den syrischen Flüchtlingen. Baek hätte das nicht erlaubt, wenn sie das Gefühl gehabt hätte, dass da etwas passieren kann.

Auf die Silvesternacht in Köln angesprochen, meint Aram: „Es ist schrecklich. Ich schäme mich, aber ich kann es nicht ändern. Auch in unserem Land sind solche Dinge verboten. Was denken diese Leute? Wir befinden uns doch im 21. Jahrhundert.“

Der Punkt, an dem man flieht

Fragt man Joo und Aram, wie sie sich ihr Leben in fünf Jahren vorstellen, schweigen sie erst mal. Am liebsten wären sie wieder in Syrien, um ihr Leben neu zu beginnen und ihre Heimat aufzubauen. Doch die Hoffnung wird immer kleiner. Das Leben in Österreich ist von Ungewissheit geprägt. Rauchen, aufs Handy schauen, fünfmal die Woche geht es in den Deutschkurs. Irgendwann sollte die Familie nach Österreich kommen dürfen. Mit den Eltern und Geschwistern gibt es sporadisch Kontakt. Sie, die selbst vertrieben wurden, haben nur manchmal Zugang zum Internet. Als er seinen positiven Asylbescheid bekam, sagte ihm der Richter, dass er die Regeln respektieren, einen Job finden und seine Zukunft aufbauen solle. Genau das hat er vor. Er und ein einige andere Syrer aus Bad Fischau haben sich bei der Tischlereifirma List beworben. Demnächst ist der erste Probetag. Außerdem würde Aram gern studieren. Joo arbeitet derzeit als Koch in einem Restaurant in Wien, das als Hilfsprojekt fünfmal die Woche syrische Speisen anbietet. Für die Zeit danach hat er schon Jobangebote. Bereits jetzt hat Joo ein Haus in Markt Piesting gemietet, in dem er mit seiner Familie wohnen will. Seine Frau und sein Sohn stecken derzeit noch im Libanon, sie haben um Nachzug angesucht. Joo freut sich darauf, wenn er ihnen die Ruhe und Schönheit des Ortes zeigen kann. Als er vor seiner Flucht nochmal in Syrien war, hatte er Kinder getroffen, die bei Schüssen und Explosionen die Waffengattung zuordnen konnten. War es eine Kalaschnikow oder ein DschK, mit dem gerade gefeuert wurde? Schoss gerade eine Mig 23 oder eine Mig 35 über ihre Köpfe hinweg? „Ich will nicht, dass mir meine Kinder irgendwann so etwas erzählen. Ich will, dass sie mir erzählen, was sie heute in der Schule gelernt oder was sie gespielt haben“, sagt Joo und erhebt dabei das erste Mal seine Stimme. „Es ist ein Unterschied, ob man vom Krieg hört oder ob man dort ist. Man fragt sich, wofür man hier kämpft, für wen man sein Leben verliert, für wen die eigenen Kinder das Leben verlieren. Das ist der Punkt, wo man sagt: Nein, ich werde mein Leben nicht verlieren, und ich lasse es nicht zu, dass meine Kinder mich eines Tages fragen, warum ich sie nicht zu einem sicheren Ort gebracht habe. Warum ich ihnen nicht die Chance für ein besseres Leben gegeben habe. Das ist der Punkt, an dem man flieht.“



Alltag vor dem Krieg, intaktes Leben in Syrien.

DER FANATISMUS IST RELATIV NEU

In Österreich wird viel über Flüchtlinge und „europäische Werte“ diskutiert, aber über die Gesellschaften, aus denen die Menschen kommen, weiß kaum jemand Bescheid. Wie haben die Menschen in Syrien gelebt? War Sex vor der Ehe und Freundschaft zwischen Männern und Frauen üblich? Heirateten Muslime und Christen? Ein Gespräch mit Mai A. und Nour S. über ein Leben vor dem Krieg.

*Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak
Fotos: Karin Wasner, apo, Nour*



Nour, ein Filmemacher und Mai, eine gelernte Englisch-Dolmetscherin im Gespräch über ein Land, das es so nicht mehr gibt.

Wir würden gern mehr über Ihre Sozialisation erfahren und auch etwas über den Alltag in Syrien. Würden Sie uns über sich und Ihre Familie erzählen?

Mai: Ich bin 29 Jahre alt und komme aus Dara'a im Süden Syriens, nahe der jordanischen Grenze. Ich habe Dolmetscherin für Englisch gelernt. Ich habe zwei Brüder und eine Schwester. Einer hat arabische Literatur studiert, meine jüngere Schwester hat eine Bibliotheksausbildung gemacht, meinem anderen Bruder fehlen noch zwei Prüfungen für den Abschluss seines Lehramtsstudiums für Geschichte. Wir wohnt in einer Wohnung mit drei Räumen plus Küche. Große Familien mit vielen Kindern wohnen in Häusern, aber verglichen damit sind wir eine kleine Familie. Oftmals haben Familien acht Kinder, und auch die Großeltern wohnen im Haus.

Hat die Familiengröße mit dem Einkommen und der sozialen Schicht zu tun?

Nour: Ich glaube, das hat mehr mit der Gegend zu tun, woher man kommt. In den Grenzregionen zu Jordanien und zum Irak haben die Leute mehr Kinder. In den großen Städten wie Damaskus, Aleppo, Homs eher nicht.

Wie sind Sie täglich in die Schule gekommen? Gab es in Syrien ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz?

Mai: Meine Schule war nahe bei unserer Wohnung. Aber wenn jemand weiter entfernt wohnt, kann man mit dem Bus fahren. Auto hatten wir keines. Da, wo ich herkomme, ist das eher unüblich. Autos sind teuer.

Nour: Es gibt viele Busse in Syrien, und wir

haben auch diese kleinen Shuttle-Busse, so etwas wie Sammeltaxis. Das ist ein übliches Verkehrsmittel in Syrien. Die Privatschulen haben auch eigene Busse, die die Kinder abholen. Die meisten Syrer gehen aber auf öffentliche Schulen, da gibt es das nicht.

Erhält man an öffentlichen Schulen die gleiche gute Bildung?

Nour: Ja, das Bildungsniveau ist genauso hoch wie auf Privatschulen. Sie sind ein eher neues Phänomen, so wie private Universitäten. An der öffentlichen Uni zahlt man nur einen ganz geringen Betrag Studiengebühren, ein paar Dollar. 2005 wurden auch Privat-Unis legalisiert. Zugleich

ICH WÜRD SYRIEN ALS LIBERALE GESELLSCHAFT BEZEICHNEN. VOR DEM KRIEG. NOUR

wurden auch die öffentlichen Unis anders reglementiert. Wenn man schlechtere Noten in der Schule hat, muss man mehr für den Uni-Antritt zahlen. Für die heutige Generation ist das eine echte Hürde. Nur 30 bis 40 Prozent schaffen es beim ersten Versuch an die Uni.

Mai: Ja, das waren wirklich harte Prüfungen. An einigen Colleges gab es nur ein Prozent der Studenten, die das Studium beim ersten Versuch abschlossen.

Nour: Ich wurde 1981 geboren, komme aus al-Bukamal an der Grenze zum Irak. Die Stadt ist, so wie Dara'a, auch eher konservativ, viele Menschen sind eher mit dem Irak loyal als mit Syrien. Das liegt auch daran, dass sie dort Verwandte haben. Mein Vater spricht auch sehr irakisch gefärbt.

Die meisten Leute in al-Bukamal wohnt in Häusern, kaum Wohnungen. Ich selbst bin Atheist, komme aber aus einer sunnitischen Familie. Mein Großvater war mit zwei Frauen verheiratet, da gab es viele Onkel und Tanten. In dieser Gegend sind sehr, sehr große Familien häufig. Fünf bis sechs Kinder sind ganz normal. Ich habe nur zwei jüngere Schwestern.

Wie haben sich die Beziehungen zwischen den religiösen Gruppen verändert?

Nour: Mein Großvater war konservativ, dennoch war seine zweite Frau, also meine Großmutter, eine armenische Christin. Die Beziehungen zwischen den Religionsgruppen waren immer ziemlich entspannt. Der Fanatismus ist in Syrien, glaube ich, ein relativ neues Phänomen. Ich finde es auch interessant, dass von all meinen konservativen Verwandten niemand für den IS ist. Ich selbst bin 2003 in den Irak gefahren für den „Jihad“ – so hat der Staat das bezeichnet. Das war keine religiöse Mission, sondern unsere patriotische Pflicht gegen die „amerikanische Invasion“. So hat man uns das verkauft. Viele von denen, die damals teilgenommen haben, sind heute gegen den IS. Ich habe gerade einen Dokumentarfilm in der Türkei gemacht, wo ich einige Leute getroffen habe, die überraschenderweise pro IS sind.

Wie war das 2003 im Irak?

Nour: Ich wurde an der Grenze zum Irak festgehalten, mein Onkel hat mich dann dort abgeholt. In Syrien wurde man sehr stark durch eine anti-amerikanische Kultur sozialisiert.

Mai: Der „Kampf“ gegen die Amerikaner

ist weniger eine religiöse als eine politische Sache.

Nour: Ja, das geht natürlich von der Regierung aus. Und auch der Mufti von Syrien verkündete, dass es die Pflicht aller Araber ist, im Irak gegen die Amerikaner zu kämpfen. Er war der einzige Mufti, der diese Meinung vertrat, natürlich ganz im Einklang mit der syrischen Führung.

Wie erfolgte der Schulunterricht, waren Mädchen und Buben getrennt?

Mai: In meiner Volksschule waren wir gemischt, die Mittelschule bzw. das Gymnasium gab es für Burschen und Mädchen.

Nour: In al-Bukamal gab es gemischte und getrennte Schulen. Es kommt immer auf die Gegend an, von der wir sprechen. Ich habe in Damaskus gearbeitet, dort gibt es beides. Meine Frau habe ich an der Uni kennengelernt, sie hat dort wie ich studiert. Als wir geheiratet haben, habe ich eine Wohnung in Homs gekauft, wo meine Frau herkommt. Damals war ich 27 Jahre alt. Die heutige Generation heiratet aber später, nicht vor 30 oder 35 Jahren. Das kann sich vorher niemand mehr leisten. Der Bräutigam muss ja für die gesamte Hochzeit zahlen.

Mussten Sie Ihre Eltern erst überzeugen?

Nour: Nein, meine Frau, die aus einer alawitischen Familie kommt, musste erst ihren Vater überzeugen. Wir hatten bereits zuvor eine Beziehung, auch wenn er dagegen war – weil wir Sunniten sind und ich zudem Atheist. Erst als meine Familie ihre Familie getroffen hatte, merkten sie, dass sie sich

ohnehin ähnlich sind. Trotz solcher Vorbehalte gab es keine interkonfessionelle Gewalt in Syrien. Üblich war aber, dass Polizei, vor allem der Geheimdienst am Sonntag in der Nähe von Kirchen postiert war. Einfach, um den Leuten ein Gefühl der Sicherheit zu geben. So war das seit Anfang der 1980er Jahre, als die Muslimbruderschaft sich radikalisierte.

Mai: Ich komme aus einer christlichen Familie, und ich kann mich nicht daran erinnern, dass in al Dara'a Polizei patrouillierte, wenn die Messe war. Ich glaube, auch das war in Syrien sehr unterschiedlich geregelt. Bei uns ist es auch nicht üblich, dass

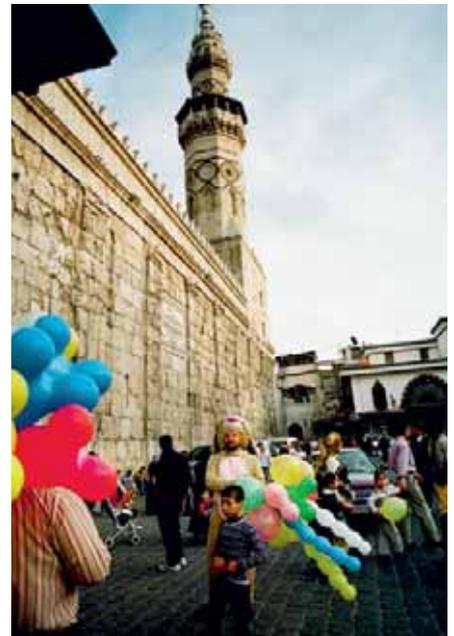
VOR DEM KRIEG WAR ES ÜBLICH, DASS VIELE FRAUEN GEARBEITET HABEN. MAI

der Bräutigam die ganze Hochzeit zahlt, ich glaube, das ist eine muslimische Tradition und nicht so sehr eine arabische. Aber es kommt auf die Familien an, aus welcher Klasse man kommt, was man vereinbart und wie viel man sich leisten kann. Die Mehrheit der Bevölkerung gehörte der Mittelklasse an.

War Syrien vor dem Krieg eine sehr konservative Gesellschaft?

Nour: Nein. Der Libanon und Syrien sind sich nicht unähnlich, ich würde das als liberale Gesellschaften bezeichnen.

Mai: Vor dem Krieg war es üblich, dass viele Frauen gearbeitet haben. Nicht unbe-



Verlorene Freiheiten I: Luftballons für Kinder in einer intakten Stadt. Die Umayyaden-Moschee ist eine der ältesten Moscheengebäude der Welt im Stil einer antiken Basilika.

dingt, um die Familie finanziell zu unterstützen, sondern, so wie auch in meinem Fall, um ganz einfach unabhängig zu sein. Die Kinder hat man, so wie in Österreich auch, in den Kindergarten gebracht, oder sie waren bei den Großeltern oder man hat eine Nanny engagiert.

Waren Freundschaften zwischen Frauen und Männern üblich?

Mai: Doch, das war schon üblich in unserer Generation. Ich habe viele männliche Freunde. In Syrien sind die Brüder etwas dominant, wenn es darum geht, was die Mädchen machen. Es könnte also sein, dass ein Bruder etwas dagegen hat, wenn seine Schwester mit einem Burschen befreundet ist. In meinem Fall war das aber kein Thema, meine Brüder sind relaxed.

Wie ist das bei Ihnen, haben Sie Ihre Schwestern kontrolliert?

Nour: Nein, gar nicht. Ich war eher eifersüchtig. Meine beiden älteren Schwestern hatten Beziehungen, da war ich 16 und sie waren über 20 Jahre alt. Ich wollte einfach nicht, dass sie Sex haben, ich denke, das hat mit kultureller Prägung zu tun, die sicherlich maskulin ausgerichtet ist. Für Männer ist Sex vor der Ehe eher okay als für Frauen. Aber ich fände es heute als Vater auch nicht gut, wenn meine Tochter vor 18 Sex hätte. Ich würde aber nicht intervenieren.

Mai: Aus meiner Sicht war Sex vor der Ehe in Syrien selten. Wenn, dann hielt man

Verlorene Freiheiten II: Ein Damenmodegeschäft in Damaskus.





Vor dem Friseurladen. Assad war allgegenwärtig, auch auf Fotos. Zuerst sein Vater, danach der Sohn. Mit Baschar verschärfte sich die Krise im Land.

das geheim. Weil sich das nicht gehört, weder für Männer noch für Frauen. Das ist so Tradition, egal ob bei Muslimen oder bei Christen.

Nour: Wobei wir jetzt immer über die Zeit vor dem Jahr 2012 sprechen. Bis dahin war Syrien verglichen mit anderen arabischen Staaten liberal. Danach, mit dem Krieg, wurde alles viel konservativer, viel religiöser. Es ist ein Phänomen, wie ein Land sich verändern kann. Der Assad-Clan hatte eigentlich keinen religiösen Zwist in die Gesellschaft verpflanzt. Mit dem Krieg begann vieles, was es an gesellschaftlichem Konsens gab, zu zerfallen. Nun ist die religiöse Angehörigkeit ein großes Thema. Bist du Alawit, Sunnit, Schiit, armenischer Christ? Für einige meiner Verwandten sind die Sunniten Feinde, die mit den Saudis und Katar paktieren und unser Land zerstört haben.

Das Syrien der Assads war eine Diktatur, die vergleichsweise Wohlstand und Sicherheit bot, aber wohl nur eine gelenkte gesellschaftliche Partizipation. Würde auf der Straße oder in den Familien über Politik gesprochen?

Nour: Ich habe einmal mit Freunden in einem leeren Lokal über Assad gesprochen, da setzten sich die einzigen Gäste, die am Nebentisch saßen, weiter weg. In Syrien hat man über alles geredet, Gott und die Welt, nur nicht über Politik. Das war tabu. Assad hatte einen gottgleichen Status. In der Schule mussten wir jeden Tag, so wie ein Morgen-

gebet, sagen: Hafiz al-Assad, der Unsterbliche. Und zwar dreimal. Als er gestorben war und sein Sohn Baschar die Macht übernahm, blieb dieser Spruch unverändert. Hafiz war eben unsterblich. Der gesamte Spruch war ein Bekenntnis zur Baath-Partei, das komischerweise so lautete: Einheit, Freiheit, Sozialismus. Islam kam da nicht vor. Die Assads kommen als Alawiten ja von einer religiösen Minderheit, was hätte es ihm da genützt, die Religion ins Spiel zu

IN DER SCHULE MUSSTEN WIR WIE EIN MORGENGEBET SAGEN: HAFIZ AL-ASSAD, DER UNSTERBLICHE. AUCH NACH SEINEM TOD.

bringen? Das sah man auch beim Aufstand der Muslimbrüder in Hama 1982. Assads Truppen verübten ein Massaker mit 30.000 Toten, 170.000 Menschen wurden verhaftet, ganze Familiennamen wurden aus den Telefonbüchern gelöscht. Auch bei den Freitagsgebeten war Syrien anders: Üblicherweise bezieht man sich auf die Aussprüche des Propheten, in Syrien aber auf die von Assad.

Gab es ein Spitzelwesen?

Nour: Natürlich gab es die Geheimdienste. Aber es war auch üblich, dass normale Menschen Berichte an Regierungsstellen schickten. Meinem Vater, der Universitäts-

professor war, ist das einmal passiert. Als er eines Tages zur Uni kam, warteten zwei 18-jährige Kids auf ihn und schlugen ihn, nur um ihn öffentlich zu demütigen. Er war eine Woche im Gefängnis und verließ danach das Land, arbeitete für Firmen in anderen Ländern wie Russland und Dubai.

Hat man Assad insgeheim gehasst?

Mai: Ich glaube schon.

Nour: Ich fürchte, dass Assad noch immer eine Mehrheit hinter sich hat. Würde es Wahlen geben, er erhielte wahrscheinlich 70 Prozent der Stimmen. Der Aufstand in Syrien entstand stärker aus ökonomischen Gründen und weniger gegen Assad selbst. Bis zu den Jahren 2007, 2008 bestand die wohlhabendste Schicht in Syrien vielleicht aus zehntausend Menschen. Sie kontrollierten 90 Prozent der Wirtschaft. Sie wurden entmachtet, und danach kontrollierte eine Handvoll Mitglieder des Assad-Clans den Reichtum. Sie transferierten das Geld in die Staatskassen, die sie kontrollierten.

Was passierte mit der Oberschicht?

Nour: Man enteignete sie praktisch, so wie meinen Onkel, und danach musste man für die neuen Eigentümer arbeiten. Mehr als die Hälfte der Gewinne gingen an die Mitglieder des Assad-Clans, z. B. an Rami Machluf, einen Cousin Assads. Er hatte keine offizielle Funktion im Staat, er besitzt eine der größten Firmen Syriens mit Monopolstatus. Wer handeln wollte, musste bezahlen. Eine große Korruption, viel größer, als sie vorher war.

Wie finanzierte sich der Staat in Syrien, wenn Bildung und andere soziale Dienste durch die Öffentlichkeit bereitgestellt wurden?

Nour: Syrien ist praktisch ein steuerfreier Staat. Man zahlte sehr wenig Steuern, kaum etwas für Einkommen, Strom oder das Gesundheitswesen. Die Staatsangehörigen besserten sich ihre Gehälter auf, indem sie sich schmieren ließen, egal ob bei der Polizei oder an der Uni. Die öffentlichen Spitäler boten keine besonders gute Versorgung, man musste lange auf Termine warten. Jordanien ist bekannt für seine guten privaten Spitäler. Andererseits hatte Syrien keine oder kaum Staatsschulden.

Mai: Ich selbst bin, wenn es notwendig war, in Privatkliniken gegangen. Bei uns sagte man scherzhaft, im öffentlichen Spital, da lassen sie dich sterben. Aber es gab wenig Armut in Syrien, so etwas wie



Der Suq al-Hamidiya, bekanntester Bazar von Damaskus, benannt nach dem osmanischen Sultan Abdülhamid II. Die Markthalle wurde über einer alten Römerstraße errichtet.

in Ägypten, wo Menschen in Mistkübeln Nahrung suchen, gab es nicht.

Nour: Syrien war ein Land, in dem man günstig leben konnte. Bis Mitte der 1990er-Jahre wurden die meisten Güter auch im Land hergestellt. Es gab sogar ein syrisches Auto. Wir haben viel exportiert, Obst, Gemüse, Baumwolle, auch in die Golfemirate. Die Bauern erhielten unter Hafiz al-Assad jedes Jahr kostenlos das Saatgut. Verkaufte sie ihre Ernte nicht, kaufte der Staat ihnen den Rest ab. Unter Baschar änderte sich das alles. Auch Filmemacher und Schauspieler wie ich erhielten vom Staat Unterstützung, dafür produzierten wir ein paar Sendungen für das Fernsehen. Das war eine Art Mindesteinkommen, das man auf diese Weise erhielt.

Wie funktionierte die Medienlandschaft? Fand sich dort die Meinungspluralität der Gesellschaft wieder, gab es Diskussionen auch über aktuelle Themen, egal ob über Kultur, Geschlechterfragen, Kriminalität? Wurde z. B. darüber diskutiert, wie sicher es für Frauen ist, in der Nacht allein auf die Straße zu gehen?

Mai: Das war kein Thema, dass Frauen nicht allein in der Nacht unterwegs wären. Natürlich, wenn es ein Verbrechen gab, wurde darüber auch berichtet.

Nour: Ich glaube, wir hatten in Syrien keine großen Genderprobleme, verglichen mit den arabischen Nachbarstaaten. Natürlich würde ich das nicht mit Europa vergleichen, das uns mentalitätsmäßig wahrscheinlich 50 Jahre voraus ist. Syrien begann erst in den großen Städten eine urbane Kultur zu entwickeln, doch es gibt

viele Landstriche, die noch sehr traditionell geprägt sind. Die verbreitete Mentalität ist, dass Männer für ihre Familien aufkommen. Wenn ein Mann mit einer Frau ausgeht, würde der Mann nicht akzeptieren, dass die Frau bezahlt. Aber ich mag diese Kultur. Dass wir uns die Rechnung teilen, wenn ich mit einer Frau ausgehe, fände ich komisch. Aber natürlich, der Kapitalismus entwickelt einen starken Druck, dass Männer und Frauen gleichgestellt sind, eben auch auf so einer finanziellen Ebene.

In Österreich hat man vor 20 Jahren noch wenige Männer gesehen, die den Kinderwagen schieben. Das hat sich verändert. Würden syrische Männer dafür verlacht?

Mai: Nein, auch Väter schieben heute ihre Kinderwagen. Aber vor 20 Jahren war es nicht üblich, dass, wenn die Mutter unterwegs ist, der Vater zu Hause auf die Kinder aufpasst. Jetzt ist das, denke ich, schon anders. Viele Männer sind heute zweifelsohne weltoffener. Leider hat der Krieg viel zerstört.

Nour: In Jordanien gibt es immer wieder Fälle von sogenannten Ehrenmorden. Wenn ein Bruder seine Schwester tötet, weil sie mit einem Mann Sex hat, besagt das Gesetz, dass er nach einem halben Jahr freikommt. In Syrien gab es keine Ehrenmorde.

Mai: Doch, das gab es auch in Syrien. Sex mit Minderjährigen war gesetzlich verboten. So etwas kam vor, das habe ich mehrmals in der Zeitung gelesen.

Nour: Ich habe nie davon gehört. Vielleicht war das dort anders, wo du herkommst, aus der Grenzregion zu Jordanien? Aber es ist in Syrien kein verbreitetes Phänomen.

Welches Bild hatten Sie von Europa, bevor Sie hierhergekommen sind?

Mai: Wir haben hier Sicherheit und Frieden gesucht, das war das Wichtigste. Ich hatte eigentlich keine ausgeprägte Vorstellung von Europa. Aber jetzt, wo ich hier in Wien bin, finde ich die Leute sehr freundlich.

Nour: (lacht) Natürlich kann man Länder wie Österreich nicht mit den USA vergleichen, wo man extrem höflich miteinander umgeht. Ich habe dort teilweise studiert. Dort wird man selten gefragt, wo man herkommt, hier ist das fast immer die erste Frage – vielleicht auch einfach, weil meine Haut nicht ganz weiß ist. Aber Europa ist ganz anders als erwartet. Eigentlich finde ich, dass es Syrien recht ähnlich ist. Eine friedliche, gemischte Gesellschaft mit ein paar Leuten, die extremistische Meinungen vertreten. Ich habe an zwei öffentlichen Gesprächen in österreichischen Kleinstädten teilgenommen, wo die Gemeinden sich weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen. Der Bürgermeister lud dann zum Dialog ein. Mir kam das vor, wie wenn ich an Verhören teilnehme. Da nahmen vor allem Pensionisten teil, die attackierten mich regelrecht. Es ging ständig um Christentum gegen Islam. Dafür, wie die Gesellschaft in Syrien war, interessierte sich eigentlich niemand.

Aus Ihrer Heimat gibt es leider keine guten Nachrichten, in al-Bukamal wütet der IS. Wie wird Ihr Leben weitergehen, haben Sie eine Vorstellung?

Mai: Ich liebe mein Land, ich hoffe, dass der Krieg beendet wird und ich sobald wie möglich zurückgehen kann. Ich werde die Erfahrungen, die ich hier mache, sicherlich mitnehmen. In Syrien habe ich für eine NGO gearbeitet, die sich für Flüchtlinge innerhalb Syriens engagiert hat. Ich selbst habe Englisch-Dolmetscherin studiert, das hilft mir jetzt vielleicht bei der Jobsuche.

Nour: Ich habe ein Kind, ich muss für die Zukunft planen. Ich möchte nicht, dass es das erlebt, was ich durchgemacht habe. Ich möchte, dass es in stabilen Verhältnissen aufwächst. Deshalb plane ich so, als würde ich für immer in Österreich bleiben. Falls sich die Situation in Syrien normalisiert, werde ich neu überlegen. Derzeit arbeite ich schon. Ich arbeite als Freelance-Filmmacher wie schon zuvor. Für eine Produktionsfirma in Berlin habe ich an einer Doku mitgearbeitet, habe auch für den ORF ein Projekt gepitcht. Aber die Jobs, die mir hier angeboten werden, haben immer mit Flüchtlingen zu tun (lacht). Das ist nicht genau das, was ich mir vorstelle.

FOTOSTRECKE

Gegen Vorurteile

Die Wiener Künstlerin Esin Turan bat Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund ein Vorurteil, dem sie schon einmal begegnet sind, auf ein Plakat aufzuschreiben. Daraus entstand eine beeindruckende Fotoserie, die auf der Webseite der Künstlerin und ihrer Facebook-Seite veröffentlicht und zig-tausendfach geteilt wurde. Hier einige der Fotos mit Dank an Esin Turan.

FOTOS: ESIN TURAN





Ich habe
humanische
Duzgehör, habe
keiner spitze
Zähne noch ein
Auto geklaut.







Ich bin aus
AFGHANISTAN
aber ich bin
NICHT
RADIKAL!!!

TRAIN OF HOPE

Da konnte man kaum noch aussteigen

50.000 Facebook-Follower wollten die aktuellsten News von ihnen haben, Tausende schlossen sich freiwillig der Flüchtlingshilfe an. Die Initiative „Train of Hope“ ist ein verblüffendes Beispiel für die Energien, die in Österreich freigesetzt wurden. Ein Porträt.

TEXT: EVA BACHINGER

FOTOS: TRAIN OF HOPE

Sogar die „New York Times“ hat berichtet. Bemerkenswert ist die Privatinitiative „Train of Hope“, die Flüchtlingshilfe am Wiener Hauptbahnhof, allemal. Sie wurde schließlich auch von der Österreichischen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet, stellvertretend für alle Freiwilligen, die sich in den vergangenen Monaten engagiert haben. „Selten haben wir uns so rasch auf einen mehr als würdigen Preisträger einigen können“, so Präsidentin Barbara Helige. Als Anfang September die Flüchtlingsbewegung aus Krisenregionen zunahm und immer mehr Menschen über die Grenzen kamen, entstand „Train of Hope“ wie aus dem Nichts. Während am Westbahnhof die Caritas die Organisation übernahm, fanden sich vor allem junge Leute unter dem Slogan am Hauptbahnhof zusammen. Am Anfang war es vor allem Idealismus: ein paar Äpfel, Wasserflaschen, fünf, sechs Leute. Doch immer mehr erfuhren von den Zuständen und kamen zum Hauptbahnhof, um zu helfen. Sie kamen jeden Tag wieder und packten mit an, viele wochen- und monatelang. „Am Hauptbahnhof ging es drunter und drüber, aber trotzdem war

innerhalb einer Woche viel Struktur vorhanden“, erzählt der 26-jährige Yannick, der fast von Anfang an dabei war. „Es gab bereits das Social-Media-Team, Ärzte, eine Kinderecke sowie Schlafplätze, einen Infopoint, eine Rechtsberatung. Innerhalb kurzer Zeit kamen viele Sachspenden zusammen. Es gab keine Krisenmanager oder Sozialarbeiter, aber viele Leute aus verschiedenen Berei-

Am Anfang war es vor allem Idealismus: ein paar Äpfel, Wasserflaschen, fünf, sechs Leute.

chen, die ein schönes Hybrid gebildet haben, um so eine Organisation umzusetzen.“ Einzelne HauptkoordinatorInnen für bestimmte Arbeitsbereiche stimmten sich ab, um die zahlreichen HelferInnen optimal zu koordinieren. Die Hierarchien waren aber flach. Um alles zu besprechen oder auch um ein wenig Abstand vom Geschehen zu finden, trafen sie sich oft in der Lobby der Hotelkette Motel one. „Da waren wir quasi auch schon fast daheim“, meint Martina Barwitzki, die die Pressearbeit übernahm. Eine

möglichst effiziente Arbeitsteilung wurde etabliert, jederzeit konnten neue HelferInnen dazukommen. Wer wollte, konnte sich melden und wurde gleich zugeteilt. Was sich hier abspielte, war das Wirken der sogenannten Zivilgesellschaft. Keine große Organisation und keine staatliche Hilfe steckten hinter „Train of Hope“ – ein Name, der einfach plötzlich da war. Wer die Idee hatte, wisse man nicht mehr so genau, meint Yannick. Einen Slogan zu haben, unter dem sich alle zusammenfinden konnten, war wichtig, um dem Projekt einen Rahmen zu geben – und damit Aufmerksamkeit.

Spannungen mit NGOs

Auch die Caritas war am Hauptbahnhof im Einsatz. „Anfangs kam es auch zu Spannungen, Train of Hope war gerade am Anfang wie wir alle stark gefordert“, berichtet Thomas Preindl, Einsatzkoordinator der Caritas vor Ort. „Klar ist aber: Die aktuelle Flüchtlingshilfe wäre ohne die Unterstützung der Tausenden Freiwilligen an den Bahnhöfen und in den Notquartieren nicht möglich. Es ist gut, wenn sich Leute freiwillig engagieren, vor allem angesichts der knappen



Stapel von Babynahrung, Tee, anderer Güter. Die Hilfsbereitschaft war enorm.

Kapazitäten, aber es war natürlich auch schwierig, mit verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen zusammenzuarbeiten. Aber wir haben die anderen Zugänge zur Kenntnis genommen und uns letztlich gut ergänzt.“ Es ist nichts Neues, dass es bei humanitären Krisen zu Konflikten kommen kann, selbst unter professionellen NGOs. Zu groß ist der Druck, zu hoch die Erwartungen, oftmals zu groß auch das Chaos. Aber etablierte NGOs haben gewisse Standards und erprobte Abläufe, die einen möglichst effizienten Ablauf garantieren. Preindl berichtet, dass die ÖBB die Caritas am Hauptbahnhof bat, ein Notquartier einzurichten, und hier arbeitete man mit „Train of Hope“ konstruktiv zusammen.

Geschichte wurde geschrieben

Die Szenen waren jedenfalls historisch: Bis zu 5.000 Menschen kamen pro Tag mit Zügen aus Ungarn an, viele wollten weiter nach Deutschland. Sie wurden mit Applaus und „Willkommen“-Schildern begrüßt, in ihrer Muttersprache über die Lage informiert, mit Wasser und Essen versorgt. Es mussten die Flüchtlinge an die Registrie-

rungstische gelotst, lokale SIM-Karten fürs Mobiltelefon, Ladekabel, eine warme Decke, Tickets besorgt werden u. v. m. Oftmals war aber nur Zuhören gefragt, eine Hand, eine Umarmung, Trost. Den Menschen, die aus der syrischen Kriegshölle geflüchtet sind und eine lange Flucht über Land und Wasser hinter sich hatten, einfach zuhören und Anteil nehmen an ihrem Schicksal. Das al-

„Train of Hope“ entstand wie aus dem Nichts.

les sei nicht einseitig gewesen, so Yannick. Er bekam viel zurück, vor allem viel Dankbarkeit. „So etwas habe ich noch nie erlebt. Das hat mir sehr viel von der Welt und vom Menschsein gezeigt. Wie schön das sein kann, wenn die Leute zusammenhalten. Dass man so viel leisten kann, wenn man an etwas glaubt und ein bisschen was von sich gibt“, schwärmt der Student. „Ich habe auch gemerkt, wie sehr man sich in so einer intensiven, kurzen Zeit entwickelt. Ich bin sicher erwachsener geworden.“ Yannick stu-

diert Konferenzdolmetsch und hat die Koordination der Dolmetscher übernommen. Da er auch transkulturelle Kommunikation studiert hat, begann er anfangs die Kommunikation der HelferInnen und Flüchtlinge zu beobachten und überlegte sich, wie man sie noch verbessern könnte. „Wir hatten sehr viele motivierte, sehr verschiedene Leute da. Die ganze Welt war irgendwie vertreten. Es ging darum, dass wir sie bestmöglich vernetzen, die kulturellen und kommunikativen Aspekte berücksichtigen, damit es einen sauberen, produktiven Ablauf gibt, dass man mit den Ressourcen, die man hat, das Bestmögliche umsetzt.“ Dass es bei dem kulturellen Mix doch so gut funktioniert hat, beeindruckte Yannick. „Vor allem im Vergleich zur Lage in der Welt, wo so viel nicht funktioniert, wo bereits ein Steirer mit einem Wiener nicht klarkommt. Die Differenz war hier viel größer, und es hat funktioniert. Natürlich gab es Reibereien, es war ja eine Krisensituation, aber es hat funktioniert.“ Direkte Beschwerden von PassantInnen und Fahrgästen habe es kaum gegeben, wenn dann böse E-Mails, aber sonst sehr viel Zuspruch und Lob.



Hilfe für bis zu 5.000 durchreisende Flüchtlinge täglich am Westbahnhof.

Es kommen Menschen

Letztlich waren tausende Freiwillige im Einsatz, der harte Kern umfasste rund 100 Personen. Eine von ihnen ist Ashley Winkler. Sie hat sogar ihren Job gekündigt, um ganz verfügbar zu sein. Oftmals sei sie verständnislos gefragt worden: Den Job kündigen, um unbezahlt Flüchtlingshilfe zu leisten? Für sie war klar: „Es geht darum, dass Dinge getan werden müssen, dass geholfen werden muss. Und da ist egal, wie. Hauptsache, man hilft.“ Für sie kamen vor allem Menschen. Menschen, die schwere Zeiten durchgemacht hatten, zu denen schon lange keiner mehr freundlich war, die nicht wissen, wo sie die nächste Nacht verbringen werden, geschweige denn die nächsten Wochen und Jahre. Monatelang half sie ohne fixes Einkommen, die Miete war zumindest gedeckt, und auf all den „Alltagsluxus wie stundenlange Shoppingtouren“ konnte sie gern verzichten. Das Besondere und gleichzeitig Anstrengende an „Train of Hope“ war, dass man kaum noch ausstei-

Support besonders auch für Kinder. Sie haben keine sichere Zukunft.



gen konnte, wenn man erst einmal in den Zug eingestiegen ist. „Es war wie ein Mikrokosmos, in den man einfach so eingesaugt wird.“ FreundInnen, Familie, Arbeit, banale Alltagsthemen traten in den Hintergrund, aber auch die eigene Kraft. „Wir mussten uns immer wieder gegenseitig ermahnen, auch mal nach Hause zu gehen“, erzählt auch Martina Barawitzki. Frust, Müdigkeit, aber auch große Erfüllung – dann wusste man wieder, warum man all das tat.

Ashley Winkler („Train of Hope“): sogar den Job gekündigt, um ganz verfügbar zu sein.

Flüchtling hilft Flüchtling

Viele der freiwilligen HelferInnen waren oder sind selbst Flüchtlinge. Sie kennen die Gefühle und Eindrücke, auf der Flucht zu sein und sich nicht zurechtzufinden. So wie Zaid. Der 25-jährige Iraker spricht fließend Englisch und war schnell vor Ort, um beim Übersetzen zu helfen. Das Politikwissenschaftsstudium hat er unterbrochen und ist vor einem halben Jahr via Jordanien und Türkei nach Österreich geflüchtet. Sein Vater war Politiker im Irak und erhielt Drohungen, die Familie zog in den Jemen, wo die Situation ebenfalls gefährlich wurde. Seine Eltern flüchteten vor vier Jahren nach Österreich, nun ist er nachgekommen und hat auch um Asyl angesucht. Sein Motiv für den Einsatz ist schnell erklärt: „Es gibt nicht viel zu tun als Asylwerber, es ist unsicher, wie lange man wartet. Ich kann nicht

herumsitzen und nichts tun.“ Der intensive Einsatz gab ihm das Gefühl, eine sinnvolle Aufgabe zu erledigen. „Es ist keine Frage, für mich war Train of Hope das Beste, was ich bisher hier erlebt habe. Es hat mich gesund gehalten. Ich bin für eine lange Zeit aus der Bahn geworfen worden, ich weiß nicht, wie lange es dauern wird“, so Zaid. Er und Yannick sitzen in den gemütlichen braunen Sofas in der Lobby von „Motel one“ und überlegen eine Antwort auf die Frage, was für sie die einprägsamsten Begegnungen waren. Im Grunde gab es nicht nur eine: „Bewegend war für mich zu sehen, dass die Flüchtlinge anfangs misstrauisch waren und nicht verstanden, warum wir so freundlich und hilfsbereit waren. Es war schön zu sehen, wie sie Vertrauen fassten. Sie malten Schilder, besonders die Kinder: Thank you, Austria“, erzählt Zaid strahlend. Yannick erinnert sich an einen besonderen Moment: „Ich denke an eine Familie mit sehr kleinen Kindern, der Vater weinte, weil er so glücklich war, hier zu sein. Er sah zum ersten Mal auf der ganzen langen Flucht seine Kinder wieder lachen. Das war überwältigend.“

Backup für das Freiwilligennetzwerk sind die nach wie vor fast 50.000 Facebook-Follower. Während der Nothilfe war dadurch schnell eine Lösung gefunden, wenn ein Hilferuf gepostet wurde. Auch jetzt bleibt man in Kontakt und präsent: „Train of Hope“ meldet sich zu Wort, etwa bei der Diskussion, ob es „Obergrenzen“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen geben soll oder nicht. Der Kommentar dazu: „Wir sind enttäuscht, wir sind schockiert, wir sind wütend“. „Train of Hope“ hat seinen Einsatz am Hauptbahnhof eingestellt, weil nicht mehr viele Flüchtlinge über die Balkanroute kommen und die Grenzen dicht gemacht werden. „Wir haben zuerst versucht, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten, das war viel Arbeit, aber sie war eigentlich nicht mehr nötig. Wir waren oft mehr Helfer als Flüchtlinge“, so Yannick. Die HelferInnen zerstreuten sich in alle Richtungen, aber viele sind in Arbeitsgruppen und überlegen, wie man neue Projekte umsetzen kann. Denn nun gilt es die Integration der Flüchtlinge zu fördern. Fraglich ist generell, wie es nun weitergeht, denn NGOs rechnen damit, dass im Frühjahr erneut ein Schub an Flüchtlingen kommen wird. Es kann sein, dass „Train of Hope“ dann wieder bei der Nothilfe gebraucht wird.

CHALLENGE

Wir sind die 99 Prozent

Eine Volksschule, groß wie die Welt: Die „Regenbogenvolksschule“ im 2. Wiener Gemeindebezirk nimmt all jene auf, die in diesem Land angekommen sind. Kinder aus deutschsprachigen Haushalten sucht man dort hingegen vergeblich.

REPORTAGE: STEFAN KRAFT
FOTOS: KARIN WASNER

Als ich das Gebäude der „Regenbogenvolksschule“ in der Darwingasse betreten will, hindert mich ein Schwall an SchülerInnen daran. Die Lehrerin teilt zwei Mädchen dazu ein, die Tür aufzuhalten, dann ergießt sich die Klasse auf die Gasse. Die Mädchen halten auch mir artig die Tür auf, dann entfernt sich der Pulk. Wie ich kurz darauf erfahre, gehört die Gruppe nicht zur Volksschule Darwingasse, sondern zur Volksschule Vereinsgasse und war heute für ein deutsch-türkisches Theaterstück zu Besuch. Zwischen den beiden Schulen liegen zwar nur ein paar hundert Meter, aber gewaltige Unterschiede an sozialem und kulturellem Milieu. Auch darauf wird Renate Kammer, die Direktorin in der Darwingasse seit nun fast 12 Jahren, im Lauf dieses Vormittags zu sprechen kommen.

Fehlende Mittelschicht

Die von vielen MigrantInnen bewohnte Gegend in diesem Teil des zweiten Wiener Gemeindebezirks zwischen Augarten und Praterstern ist eine, die die Mittelschicht erst seit ein paar Jahren bezieht. Als ich zu früh vor Schulbeginn hier eingetroffen bin, wollte ich das auf diesen Märkten übliche Hipstercafé besuchen. Doch da es erst um 10 Uhr aufsperrt, ging ich ins serbische Espresso nebenan. Den darauffolgenden Weg vom Markt zur Regenbogenvolksschule unternehmen nur die wenigsten der hier wohnhaften deutschsprachigen Eltern. Am Tag der offenen Tür, erzählt mir Renate Kammer im Zimmer der Direktion, ginge es in ihrer Schule „mehr als entspannt“ zu. „Ich habe immer wieder österreichische El-



Christof Bachlechner mit vier seiner Schüler. Es braucht viel Engagement, um die verschiedenen Sprachniveaus zu beschäftigen.

tern da, die begeistert sind von dem, was ich ihnen zeige. Aber bei der Einschreibung waren sie nicht mehr gesehen.“ Ein Grund: die fehlende Mehrstufenklasse, in der alle Schulstufen im selben Raum unterrichtet werden. „Das ist bei Österreichern der Mittelschicht besonders in“, so Kammer. „In unserer Schule gibt es das allerdings nicht, weil früher Lehrerinnen, um in so einer Klasse unterrichten zu können, eine reformpädagogische Ausbildung brauchten, also Unterricht nach Montessori oder Freinet. Das hatte kein Lehrer und keine Lehrerin bei uns an der Schule.“ Außerdem, so Kammer, dürfe es nur eine bestimmte Anzahl an Klassen geben, da Mehrstufenklassen noch immer

ein Schulversuch sind. Die Höchstzahl im Bezirk sei aber bereits erreicht.

Und dann gibt es noch diesen anderen Grund: 99 Prozent der SchülerInnen in der Darwingasse sprechen nicht Deutsch als Muttersprache. „Wir sind es seit vielen Jahren gewohnt, keine österreichischen Kinder mehr zu betreuen.“

Im Online-Forum des „Standard“ gab eine unvorsichtige Mutter vor ein paar Jahren bekannt, dass ihr deutschsprachiger Sohn die Regenbogenvolksschule besuchen würde. Die Antworten reichten von „Hauptschule ist vorprogrammiert“ bis „Wie können Sie das Ihrem Sohn nur antun?“. All jene, die es ihren Kindern doch antun, hierherzu-

kommen, schicken sie in eine Schule, die das zumeist leere Schlagwort vom „interkulturellen Lernen“ mit Leben erfüllt. „Interkulturelles Lernen“, sagt Kammer, „heißt auch, dass die Kinder voneinander, von ihren Kulturen lernen.“ Die Schule organisiert gemeinsame Ausflüge, in die Synagoge, in die Moschee, man feiert gemeinsam das islamische Zuckerfest wie den christlichen Advent. Bei insgesamt sieben katholischen Kindern in der gesamten Schule. All jene, die es ihren Kindern doch antun, hierherzukommen, schicken ihr Kind in ein eben erst um mehrere Millionen renoviertes Gebäude, das so gar nicht riecht und wirkt wie eine Schule, weil der Mief fehlt in den frisch ausgemalten Räumen, weil die neuen Möbel nicht frontal auf den Lehrer ausgerichtet sind, weil die Kinder ihre Tische in Karrees zueinander gestellt haben. Ich bemerke dies beim Englischunterricht in der 2. Klasse, eine der ersten Schulstunden, die ich heute besuche. Keine Glocke hat ihren Beginn angekündigt, denn in dieser Schule gibt es keine Glocken und verdächtig wenig Lärm. Die Kinder scheinen es gewohnt zu sein,

dass sich mehr als ein Erwachsener im Raum aufhält, sie interessieren sich nicht weiter für den Mann mit dem Schreibblock. In fast jeder Klasse sitzen Begleit-lehrerInnen, meist für die Muttersprachen wie Bosnisch/Kroatisch/Serbisch oder Türkisch, oder auch PensionistInnen, die ihre freie Zeit beim Lernen und Vorlesen mit den Kindern verbringen.

Das kurdische Mädchen Marian wird bald mitkommen, sie schreibt fehlerfrei „Schneeflocke“ an die Tafel.

Der junge Englischlehrer fordert sein Publikum, er schlägt einen schnellen Ton an, er spricht ausschließlich in der Unterrichtssprache, er lässt kaum eine Pause zu und bewegt sich wippend zwischen den Tischen. Zahlen werden heute durchgenommen, nineteen, ten, thirteen, sagt Gabriela aus Südamerika auf. Das gute Niveau der Kinder ist auffällig, der Ehrgeiz des jungen Lehrers ebenso. Wir gehen zwei Stockwerke tiefer und wechseln in den Deutschkurs.

Regenbogenvolksschule: Das Niveau der Kinder ist auffällig gut.



Kurdische Schneeflocke

„Schneeflöckchen, Weißbröckchen“, singt Nasrallah. „Wann kommst du geschneit?“, singt Marian. Ihr Deutschlehrer hält kleine Taferln hoch, mit einem Fenster, mit einem Stern. „Komm setz dich ans Fenster, du lieblicher Stern“, singt Damian. „Wir haben dich gern“, singt Alan. Vier Kinder in einem großen Klassenraum, denen Christof Bachlechner heute zusammengesetzte Hauptwörter beibringt, Wörter wie „Schneepflug“ und „Schneeschaufel“ und „Eislaufplatz“. Wörter, die in den Muttersprachen von Nasrallah und Marian und Damian, in Kurdisch und Arabisch, nicht so oft vorkommen wie im Lehrplan einer österreichischen Volksschule.

Die Deutschkurse finden parallel zum anderen Unterricht statt, in dem manche Kinder mangels Sprachkenntnis noch nicht vollständig mitkommen. Das kurdische Mädchen Marian wird bald mitkommen, sie schreibt fehlerfrei „Schneeflocke“ an die Tafel. „Das sind Situationen, in denen mir das Herz aufgeht“, beschreibt Kammer ihre Erlebnisse, wenn Kinder nach einem Jahr Deutschunterricht in die Sprechstunde kommen, um für ihre Mütter zu übersetzen. Einen eigenen Deutschkurs für Flüchtlinge gibt es in der Darwingasse auch, und es gab ihn schon, bevor diese Thematik breit diskutiert wurde. „Wir haben schon länger Flüchtlinge, nur war das nie Thema. Jetzt müssen wir auch angeben, wie viele wir haben.“

Alter österreichischer Lehrkörper

1876 wurde die Volksschule in der Darwingasse gegründet, 1979 begann Renate Kammer hier zu unterrichten, damals zu 99 Prozent Kinder aus deutschsprachigen Haushalten. Während sich die Herkunftsländer der Kinder veränderten, blieb der Stamm der LehrerInnen bestehen, „ein alter Lehrkörper“, nennt das die Direktorin, „wir sind seit vielen Jahren zusammen.“ Mit der Jugoslawien-Krise in den 1990ern begann die Schule zu einer Heimstätte für Neuankömmlinge zu werden, „das hat sich dann so ausgeweitet“, erzählt Kammer. Türkische Kinder, angezogen von ersten Versuchen mit türkischen PädagogInnen, kamen hinzu, erst einige Zeit später entstand das bunte Gemisch, das die 185 Kinder in acht Klassen heute ausmacht. Mittlerweile bildet die Regenbogenvolksschule die Migrationsströme ab, die nach Wien fließen: In den Klassen finden sich nun vermehrt Kinder aus Syrien, Tschetschenien, aus dem Iran, aus Afghanistan oder Somalia.



Lehrer Christof Bachlechner, Direktorin Renate Kammer. „Interkulturelles Lernen“, sagt Kammer, „heißt auch, dass die Kinder voneinander, von ihren Kulturen lernen.“ Man feiert gemeinsam das islamische Zuckerfest wie den christlichen Advent und besucht die Synagoge.

„Die Lehrer sind mitgewachsen. Sie müssen sehr viel Engagement an den Tag legen, um die diversen Sprachniveaus zu beschäftigen. Die Guten zu fördern, die Schwachen zu fördern und trotzdem alle auch zu fördern. Das ist ein gewisser Gewaltakt, der da stattfindet, den Kindern verschiedene Arbeitsmöglichkeiten und Situationen zu bieten, dass eben jeder nach seinen Möglichkeiten etwas bekommt.“ Kein ausgereiftes Integrationsprojekt, kein Masterplan, den die von der UNESCO ausgezeichnete Schule umsetzt, sondern eine Not, die zur Tugend gemacht wurde.

Vor einigen Jahren hatte das Fernsehen das unfreiwillige, aber dafür umso ehrgeizigere Vorhaben dieser Schule porträtiert. Im Büro von Renate Kammer hängt noch ein Bildausschnitt dieser Doku. Damals fragten die RedakteurInnen, ob so ein Projekt überhaupt gutgehen kann. Renate Kammer kann das bejahen: „Es wird immer besser. Das verpflichtende Vorschuljahr hat uns sehr geholfen.“ Bei der Deutschkenntnis, meint sie. Kammer steht auch in Kontakt mit den umliegenden Kindergärten und berät mit den dortigen Leiterinnen die frühzeitige Förderung ihrer späteren Schüler.

„Indianer und Tschetschenen“

„Zum Kinderfasching im Gasthof Schluderer ging Lutz als Sheriff“, liest der türkische Bube neben mir in der 3. Klasse vor. „Schluderer“, liest er vor. Es ist nach 11 Uhr, die Kinder sind seit drei Stunden im Unterricht. Auch in einer frisch renovierten Schule ist es warm, der Kopf des Buben sinkt auf die Tischplatte. „Lutz als Sheriff“, liest er vor.

Dieser Satz ermüdet auch mich. Vier türkische Burschen sitzen mit ihrer muttersprachlichen Lehrerin an einem Text über österreichische Faschingsbräuche, daneben sitzt die Lehrerin für Tschetschenisch mit einem Bub und einem Mädchen, das Mädchen liest: „Mit einem Indianer springe ich im Kreis.“ Die Lehrerin übersetzt „Indianer“ auf Tschetschenisch, die andere Lehrerin übersetzt „Kinderfasching“ auf Türkisch, sie übersetzt „Sheriff“ auf Türkisch, sie übersetzt „Krapfen“ und „Turnverein“ und „Kostüm“. Die Lehrerin für Tschetschenisch löst mit dem Bub Divisionen, auf Tschetschenisch.

Das verpflichtende Vorschuljahr hat uns sehr geholfen.

Der Raum, in dem ich auf dem kleinen Stuhl sitze, in dem auch die Lehrerinnen auf den kleinen Stühlen sitzen, liegt zwischen zwei Klassenräumen. Hierher werden die Kinder aus der einen Klasse zum muttersprachlichen Unterricht geholt, hierher werden die Kinder aus der anderen Klasse geholt, die auch nicht so gut mitkommen, weil sie behindert sind. Eine Lehrerin liegt mit ihnen auf der Matte in der Ecke und liest eine Geschichte vor, die von einem Spital handelt: „Aus der Maske atmet sie seltsame Luft ein.“ Der Bub neben mir liest: „Wie ging Lutz zum Faschingsfest im Turnverein?“

Die meisten Klassen sehen aus wie in einer FIFA-Werbung für völkerverbindendes Fußballspiel, die Haare sind blond und

braun und schwarz und zu Rastas geflochten, die Hautfarben so unterschiedlich wie die Augenformen, die Gespräche zwischen den serbischen Buben und den somalischen Mädchen so natürlich wie das gemeinsame Singen des rumänischen Adrian mit der kurdischen Marian. Was hier gefördert wird, ist auf den ersten Blick offensichtlich. Aber auch in einer Volksschule wie dieser gibt es die üblichen Probleme, nicht jeder Streit wird ausdiskutiert, nicht jedes Kind passt im Unterricht auf, nicht jede Mutter versteht sich mit jedem Lehrer. Und dann gibt es noch Ereignisse wie jenes im Jahr 2012, als die achtjährige Tschetschenin Madina statt in die Regenbogenvolksschule zum Flughafen gebracht werden sollte, um mit ihrer Familie abgeschoben zu werden. Renate Kammer kannte diese Praxis nur aus den Zeitungen, nun betraf sie eins ihrer Kinder: „Da wirst ins Flugzeug gesetzt, hingeflogen und dem Schicksal überlassen.“ Der Fall wurde öffentlich, die Proteste verhinderten eine Abschiebung. Madina war eine sehr gute Schülerin, erinnert sich Kammer, nach dem Vorfall aber nicht mehr, trotzdem konnte sie die Schule abschließen.

Wie auch viele andere, von denen es etwa ein Drittel ins Gymnasium schafft. Ob das viel oder wenig ist, ob tatsächlich Chancengleichheit für ihre Kinder im Hinblick auf die zukünftige Ausbildung bestehe, mag Renate Kammer nicht beurteilen. Und kehrt zurück in den Alltag einer Schule, die von ihren LehrerInnen mehr fordert, als der Lehrplan vorsieht. „Aber“, so Kammer, „wir machen keinen Elefanten draus und binden kein Mascherl drum.“



ERKLÄRUNGSNOTSTAND

Alles nur Einzelfälle

Immer wieder fallen freiheitliche FunktionärInnen mit rechtsradikalen oder herabwürdigenden Sprüchen auf. Während sich FPÖ-Chef Strache gern staatstragend gibt, liefert die Partei ein anderes Bild. Von Einzelfall zu Einzelfall.

TEXT: ADRIAN ENGEL

Ein Tag. So knapp kann die Zeitspanne zwischen zwei Eklats von FPÖ-FunktionärInnen sein. Die Reaktion der Parteiführung kann dabei sehr unterschiedlich ausfallen.

Am 31. Oktober 2015 postet Susanne Winter auf ihrer Facebook-Seite unter einem Kommentar eines unbekanntes Nutzers, der die „zionistischen Geldjuden“ als weltweites Grundproblem ausmachte: „..... schön, dass Sie mir die Worte aus dem Mund nehmen ;-). Vieles darf ich nicht schreiben, daher freue ich mich um so mehr über mutige, unabhängige Menschen!“

Am 1. November 2015 postet Christian Höbart auf seiner Facebook-Seite ein Video von Bootsflüchtlingen, die singen, weil sie nach langer Überfahrt endlich das Ufer erreichen. Er kommentiert das so: „Eine Seefahrt, die ist lustig, eine Seefahrt, die ist schön ...“

Am 2. November scheidet Susanne Win-

ter als Nationalratsabgeordnete der FPÖ aus. Sie wird aus der Partei ausgeschlossen und macht seither als „wilde“ Abgeordnete weiter. „Ich bedaure persönlich sehr, dass es so gekommen ist. Aber wir handeln aus der Gesamtverantwortung für die Freiheitliche Partei heraus“, erklärt Generalsekretär Herbert Kickl dazu. In der FPÖ sei kein Platz für Antisemitismus.

Eine Stellungnahme von Kickl zur Entgleisung von Christian Höbart sucht man vergeblich. Höbart vertritt weiterhin die FPÖ im Nationalrat.

Am gleichen Tag des Ausschlusses von Winter verschickt Höbart eine Aussenung, dass er sein Posting gelöscht habe. Das Video zeige „gut gekleidete, arabische Männer, die inklusive Kamera und Selfies übermütig lachen, johlen und scherzen, was das Zeug hält“. Er „erkenne aber an“, dass „Ironie/Satire in diesem Fall nicht das geeignete Mittel“ war. Das war der Partei-

führung ausreichend. Ist in der FPÖ Platz für hetzerische Aussagen, solange sie nicht antisemitisch sind?

Während die Oppositionspartei bei Wahlen seit geraumer Zeit Zuwächse verzeichnet und Parteichef Heinz-Christian Strache sich schon staatsmännisch gibt, lässt seine Partei regelmäßig Zweifel an ihrer politischen Verlässlichkeit aufkommen. Einer Entgleisung folgt die nächste, die Parteiführung bekommt ihre „Einzelfälle“ nicht in den Griff. Wer freiheitliche FunktionärInnen auf die vielen Einzelfälle anspricht, wie der Autor dieses Beitrags es versucht hat, stößt auf wenig Gesprächsbereitschaft. Die FPÖ Wien, die FPÖ Steiermark, die FPÖ Tirol, die FPÖ Vorarlberg, die FPÖ Salzburg, die EU-Abgeordnete Barbara Kappel sowie der Bundespressesprecher Karl-Heinz Grünsteidl – sie alle haben schriftliche und telefonische Anfragen für ein Interview erhalten. Gesprächsbereit



war nur der Landespartei sekretär der Wiener Freiheitlichen, Toni Mahdalik.

„Auf Facebook wird halt pointiert formuliert. Es muss aber immer im moralischen, rechtlichen und politisch zulässigen Rahmen bleiben“, sagt Mahdalik, auf das Facebook-Posting seines Parteikollegen Christian Höbart angesprochen. Im Zusammenhang mit Flüchtlingsüberfahrten, bei denen Menschen sterben, passe das „natürlich überhaupt nicht“. Warum es dann für Höbart keine Konsequenzen gegeben habe? „Weil er das Posting gelöscht hat.“ Das hatte Susanne Winter allerdings auch. Wäre ihre lobende Antwort auf den Facebook-Kommentar ohne Konsequenzen geblieben, wäre dieser gegen Muslime gerichtet gewesen? „Man kann das nicht generalisieren. Es kommt darauf an, wie das Posting ausgesehen hätte.“ Wie aber sieht der parteiinterne Gradmesser aus, nachdem die FPÖ-Führung Sanktionen gegen eigene Mitglieder setzt? Diese Frage möchte Toni Mahdalik nicht beantworten. „Bei der Vielzahl von Funktionären ist es nicht machbar, alle zu kontrollieren“, sagt er. Dann möchte er nicht mehr weiterreden. Mahdalik bittet, das Gespräch aus terminlichen Gründen auf den nächsten Tag zu verlegen – und ist danach nicht mehr zu erreichen.

„Menschenmaterial“ und „Asylflut“

Es ist ein von FPÖ-PolitikerInnen viel strapaziertes Narrativ. Grenzüberschreitende Aussagen kämen aus den Reihen der eigenen Partei manchmal vor – aber das seien Einzelfälle.

Ein Narrativ, das per Google-Recherche schnell widerlegbar ist. Andreas Reindl,

Hans Wunner, Dieter Egger, die FPÖ Heidenreichstein, Erhard Brunner, Johann Gudenus, Kar K., Markus Ripfl, die FPÖ Imst, Gézá Molnár, Gerald Hraball, die FPÖ Landstraße, die FPÖ-Bezirksgruppe Graz-Liebenau, Christian Hein, Heinz-Christian Strache, die FPÖ Kufstein, Hildegard Schwaiger, Johann Gibitz, Christian Kruska standen im Jahr 2015 mit hetzerischen, rassistischen oder die Verfassung angreifenden Aussagen in den Medien. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Lediglich vier dieser Einzelfälle zeitigten Konsequenzen.

Hans Wunner musste als FPÖ-Ortsparteiobmann in Bad Aussee im Jänner zurücktreten, nachdem öffentlich wurde, dass er für den örtlichen und virtuellen Auftritt der neonazistischen Europäischen Aktion verantwortlich gewesen war. Gerald Hraball, FPÖ-Gemeinderat in Gloggnitz (NÖ), musste im Mai aus der Partei austreten, nachdem er auf Facebook postete: „Die Zwangsbevormundung durch die

Auf Facebook wird halt pointiert formuliert. Aber es muss im Rahmen bleiben. Toni Mahdalik

EU-Diktatur schreitet voran! Statt pragmatische und sinnvolle Lösungen (z. B. Rückverfrachtung nach Afrika) zu finden, plant sie Zwangsimpport und -aufteilung, wohl wissend, dass dieses Menschenmaterial für Europa komplett wertlos und problembehaftet ist.“

Hildegard Schwaiger trat im Juni als Landtagsabgeordnete der Tiroler FPÖ zurück, nachdem sie als Administratorin der hetzerischen Facebook-Gruppe „Asylflut stoppen – auch in Tirol“ aufgefallen war. Karl K., der im steirischen Feldkirchen für die FPÖ als Gemeinderat antrat, bezeichnete eine Grüne Nationalratsabgeordnete auf Facebook als „Arschloch und Drecksau“. Dazu stellte er Fotos der mutmaßlichen Steinigung einer Frau. Auch er musste die Partei verlassen.

Zwischenmenschliches Kleingeld

Für die meisten der genannten Personen blieben die Ausritte hingegen ohne Konsequenz. Zwar können Medien Verbaljurien wie diese sowie rechte Sager aufzeigen, eine reinigende Kraft müsste aber von den Freiheitlichen selbst ausgehen. Oft ge-

nug werden einfach die Medien selbst zu Sündenböcken erklärt. Ein unbestreitbarer Befund sind hingegen Verurteilungen. Der Blog „rechtsdrall.com“ hat die rechtskräftig und nicht rechtskräftig verurteilten FPÖ-Politiker der vergangenen 15 Jahre gezählt. 40 Funktionäre (RFJ-Mitglieder nicht mitgezählt) stehen auf der Liste. 15 davon wurden wegen Verhetzung, Wiederbetätigung, Holocaust-Leugnung oder übler Nachrede rechtskräftig verurteilt. Eine Statistik, die belegt: Es gibt einen hetzerischen und teilweise auch neonazistischen Rand der FPÖ. Dieser darf meist zügellos poltern, solange er sich im rechtlichen Rahmen bewegt. Interne Spielregeln gibt es nicht. „Erst wenn der mediale Druck zu hoch ist, also wenn es in der ‚Kronen Zeitung‘ steht, reagiert die Parteiführung“, sagt der Rechtsextremismusexperte Andreas Peham. Das subjektive Empfinden der Verantwortlichen könne dabei sehr willkürlich sein. „Manche sind noch in der Partei, obwohl sie etwas viel Schlimmeres gesagt haben als andere, die für eine Aussage ausgeschlossen wurden.“ Denn der Erregungsmechanismus der Medien werde auch ausgenutzt, um zwischenmenschliches Kleingeld zu wechseln.

Sebastian Ortner, der zum damaligen Zeitpunkt Klubobmann der Linzer FPÖ war, musste 2013 zurücktreten. Ein Video und Fotos belegten, dass er 2006 an einem Fest der rechtsextremen NPD teilgenommen hatte und er den Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel umarmte. „Sowas ist in der FPÖ eigentlich nichts Außergewöhnliches, hier wurde innerparteilich eine Rechnung beglichen“, sagt Peham. Wie aber sieht es mit einem liberalen Flügel in der Partei aus, der rechtsradikale Haltungen aus politischer Überzeugung nicht duldet? „Einen liberalen Flügel gibt es“, sagt Peham, „es ist aber schwer, diesen mit Namen zu benennen.“ Zwischen den Landesfraktionen gebe es kleine Unterschiede. „Je weniger Burschenschaften es in einem Bundesland gibt, desto weniger weit rechts steht die Fraktion.“ In Vorarlberg und im Burgenland sei die FPÖ gemäßiger. Insgesamt sei die FPÖ unter Strache jedoch noch geschlossener dem äußersten rechten Rand zuzuordnen, als das noch unter Jörg Haider der Fall war, sagt Peham. Die rechten Berührungspunkte würden bis in neonazistische Kreise hineinreichen. Und auch darum gibt es ihn, den ewigen Einzelfall.

WARUM DIE FPÖ STÄNDIG IN ERKLÄRUNGSNOTSTAND IST. EIN AUSZUG DER EREIGNISSE 2015.

Andreas Reindl. Der FPÖ-Gemeinderat der Stadt Salzburg demonstriert bei der Mahnwache nach dem „Charlie Hebdo“-Attentat Anfang Januar 2015 mit den rechtsextremen „Identitären“.

Hans Wunner. Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Bad Aussee muss Mitte Jänner 2015 zurücktreten, nachdem bekannt wird, dass er für den örtlichen und virtuellen Auftritt der neonazistischen Europäischen Aktion verantwortlich gewesen war.

Dieter Egger. Der FPÖ-Vorsitzende von Vorarlberg sorgt Mitte Jänner 2015 mit einem antisemitischen Ausspruch für Aufsehen: Als künftiger Bürgermeister von Hohenems lade er alle „konstruktiven Kräfte“ zur Mitarbeit ein, was auch für Hanno Loewy, den Direktor des Jüdischen Museums, gelte. Es müsse Loewy jedoch „klar sein, dass die Entscheidungen im Rathaus getroffen werden und nicht im jüdischen Viertel“. Schon im Wahlkampf 2009 bezeichnet Egger Loewy als „Exil-Juden aus Amerika“. Im selben Wahlkampf plakatiert man: „FPÖ: Elterngeld für heimische Familien.“ Egger erklärt danach im „Standard“, er wolle „nicht länger dabei zuschauen, dass wir aussterben und andere Mehrheiten heranwachsen“.

FPÖ Heidenreichstein. Verbreitet am 23. Jänner 2015 im Gemeinderatswahlkampf falsche Gerüchte rund um Asylwerber. Sie hätten „eine Prostituierte missbraucht“, sodass diese „ins Krankenhaus musste“. Die Bezirksblätter Gmünd fragen bei Bezirkspolizeikommandant Wilfried Brocks nach. In Wahrheit wird an dem betreffenden Tag ein Notarztwagen zum Asylquartier gerufen, weil eine Asylwerberin aufgrund von Schwangerschaftsblutungen ärztlich versorgt werden muss. Die Behauptung, bei dieser Frau handle es sich um „eine von Asylwerbern missbrauchte Prostituierte“ sei „schlichtweg falsch“, betont Brocks.

Erhard Brunner. Der FPÖ-Gemeinderat von Maria Lanzendorf (NÖ) postet auf Facebook zu einem anonymen Mord-

aufruf gegen neo-salafistische Koranverteiler („Ich würde alles verbrennen (Verkäufer inbegriffen)“) die Botschaft: „und diese Verbrecher, die sie [die Koranverteiler, Anm.] unterstützen, mit dazu!“ Auf einen anderen Kommentar („Denen gehört das Schweinefleisch ins Maul gestopft. so weit kommts noch wegen dem Gsindl die auslage verändern.“) antwortet der FPÖ-Funktionär mit: „Volle Zustimmung! und die Kopftücher ebenso! sollen deren Kopftuchweiber in anatolischen Puffs so herumrennen aber nicht bei uns!“

Johann Gudenus. Der FPÖ-Klubobmann sagt eine Einladung zu einem Neonazi-Treffen in St. Petersburg zu, was Mitte März 2015 publik wurde. Gudenus bestreitet zunächst seine geplante Teilnahme. Erst nach der APA-Veröffentlichung seiner Zusage vom Dezember 2014 gesteht er das ein, spricht jedoch von akuten „Gedächtnislücken“.

Karl K. Der FPÖ-Funktionär, Bezirk Graz-Umgebung, bezeichnet auf Facebook Ende März eine grüne Nationalratsabgeordnete u. a. als „Arschloch und Drecksau“. Dazu stellt er Fotos der mutmaßlichen Steinerung einer Frau sowie ein Foto der Abgeordneten. Er wird nach einer gerichtlichen Verurteilung aus der Partei ausgeschlossen.

Markus Ripfl. Der FPÖ-Gemeinderat von Orth an der Donau und RFJ-Bezirksobmann in Gänserndorf bedient sich im August 2015 einer zeitgeschichtlich bekannten Rhetorik. Bei einer Kundgebung gegen Flüchtlinge bezeichnet er SPÖ, ÖVP und Grüne als „Volksverräter-Trio“.

Gerald Hraball. Der FPÖ-Gemeinderat von Gloggnitz fällt am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, mit einer besonders menschenfeindlichen Äußerung auf. Er postet über die „EU-Diktatur“: „Statt pragmatische und sinnvolle Lösungen (z. B. Rückverfrachtung nach Afrika) zu finden, plant sie Zwangsimpport und -aufteilung, wohl wissend, dass dieses Menschenmaterial für Europa komplett wertlos und problembehaftet ist.“ Hraball entschuldigt sich, tritt aus der Partei aus und legt sein Mandat zurück.

FPÖ Landstraße. Die Bezirkspartei, deren Vorsitzender Heinz-Christian Strache ist, veröffentlicht Anfang Juni 2015 auf ihrer Homepage einen Text, in dem sie die

„Rückführung der bisher legal aufhältigen Fremden“ fordert. Nach anfänglichem Schweigen erklärt der Wiener Landespartei sekretär Hans-Jörg Jenewein, es handle sich bloß um die „Privatmeinung des Internetbeauftragten“. Der verantwortliche Klubobmann der FPÖ Landstraße ist nach wie vor im Amt.

FPÖ-Bezirksgruppe Graz-Liebenau.

Sie teilt auf Facebook das rassistische Posting eines steirischen Neonazis. Darin steht unter einem Bild von syrischen Asylwerbern, die sich Sorgen um ihre Angehörigen machen: „Warum seid ihr feigen Dreckschweine denn ohne sie abgehauen?“

Christian Hein. Der Ottakringer Bezirksvorsteher-Stellvertreter postet Mitte Juni auf Facebook „Unsterblich on Tour!!“ Danke für die Unterstützung von Hellas Kagran“. Der Dank des Freiheitlichen gilt den gewalttätigen Ultras „Unsterblich Wien“ der Austria Wien. Ihnen gehören Neonazis von Blood & Honour an, sie hissen Reichsadler-Banner und verwenden mitunter den SS-Totenkopf als Symbol. Vereinsvorsitzender von Hellas Kagran ist der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf.

Hildegard Schwaiger. Die FPÖ-Landtagsabgeordnete Hildegard Schwaiger muss Anfang Juli 2015 nach zwei Jahren wieder zurücktreten, als bekannt wird, dass sie die Administratorin der rassistischen Hetzgruppe „Asylflut stoppen“ war.

Johann Gibitz. Der Spitzenkandidat der FPÖ Lambach (OÖ) droht einer Unternehmerin, die ehrenamtlich als Deutschlehrerin für Flüchtlinge arbeitet, mit einem Kaufboykott: „Wie ich der Heimseite des ‚Netzwerk Zuversicht‘ entnehme, sind Sie intensiv in der Betreuung von Flüchtlingen involviert. Damit Sie noch mehr Zeit für diese Aufgabe zur Verfügung haben, werde ich in Zukunft um sämtliche Produkte der Firma H. einen großen Bogen machen.“

Christian Hruska. Anfang Oktober wird ein Foto vom Juni 2015 öffentlich, das den FPÖ-Ersatzgemeinderat von Stadl-Paura (OÖ) mit mutmaßlich zum Hitlergruß erhobener rechter Hand zeigt. Gegenüber den „Oberösterreichischen Nachrichten“ sagt Hruska dazu: „Von einem Hitlergruß kann keine Rede sein. Ich habe in diesem Moment jemandem zugewunken.“

REALPOLITIK

Masterplan mit Tücken

Oberösterreich hat seit Kurzem eine schwarz-blaue Regierung. In Sachen Integration soll nun einiges anders werden. MO hat nachgefragt.

TEXT: SONJA DRIES

Obwohl die Themen Asyl, Flüchtlinge und Integration das wichtigste Steckenpferd der Freiheitlichen sind, übernahm nach den Wahlen in Oberösterreich der grüne Landesrat Rudi Anschöber das Ressort Integration. „Anfangs war ich sehr skeptisch, in diesem Bereich als Gegenpol zu Schwarz-Blau auftreten zu müssen, doch jetzt bin ich froh, dass ich es getan habe“, sagt Anschöber, der selbst von der Zuteilung überrascht war. Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner erklärt die Entscheidung damit, dass die Integration zwar ein sehr prägendes und wichtiges Thema sei, aber eben nicht das einzige. Die FPÖ könne nun zeigen, dass sie auch in anderen Bereichen kompetente Arbeit leiste. Selbstverständlich wollen aber die Freiheitlichen beim Thema mitmischen. Im Gespräch mit MO spricht sich Haimbuchner für die Einführung einer Integrationsvereinbarung nach Vorarlberger Vorbild aus. Sie muss von Flüchtlingen unterschrieben werden, beinhaltet Grundregeln des Zusammenlebens, legt Leistungen fest, die erbracht werden müssen. Wer das nicht erfüllt, dem droht eine Kürzung der Mindestsicherung. Als wichtigen Erfolg für Integration verbucht Haimbuchner, dass die „Schulsprache Deutsch“ verpflichtend eingeführt wurde. In Kürze gilt auf allen Schulhöfen des Landes, dass Kinder nur noch Deutsch miteinander sprechen dürfen. Der Grüne Anschöber hält diese Deutschpflicht vorsichtig formuliert „nicht für wahnsinnig klug“. Und vorsichtig ausdrücken muss er sich heute noch öfter. Die Quartiersuche für Flüchtlinge war in den ersten Wochen Anschöbers Hauptbeschäftigung. Man schuf 490 Quartiere mit rund 40 bis 50 Plätzen und verteilte die Menschen auf das ganze Land. Eine Chance, auch für Abwanderungsgemeinden, wie der grüne

Landesrat betont: „Wenn Asylberechtigte sich gut integrieren und dort ansiedeln, anstatt in große Städte abzuwandern, könnte man hier wieder einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen.“

Integration durch Druck

Anschöber will einen Masterplan für Integration implementieren, der auf fünf Säulen ruht: Sprache lernen, Orientierung schaffen, Bildung, Arbeitsmarkt öffnen und Wohnen. Letzteres dürfte der schwierigste Teil sein. Zwei Maßnahmen, die Schwarz-Blau geplant hat, sind dafür ziemlich kontraproduktiv: einerseits die Kürzung der Mindestsicherung auf 340 Euro pro Monat, die derzeit gerade im Unterausschuss diskutiert wird, andererseits die geplante Novel-

Wichtiger Erfolg? SchülerInnen dürfen sich am Schulhof nur noch auf Deutsch unterhalten.

lierung des Wohnraumförderungsgesetzes, die in den nächsten Wochen in Begutachtung gehen soll. Die Neuregelung sieht vor, dass Menschen erst dann Zugang zu geförderten Wohnungen bekommen, wenn sie bereits mindestens fünf Jahre legal in Österreich gelebt haben. Asylberechtigte, so Anschöber, schließt das praktisch aus. Er sieht beide Maßnahmen als unvereinbar mit den Bemühungen um Integration an und hält sie in ihrer Kombination sogar für gefährlich. Anschöber fürchtet eine „Ghettobildung in billigsten Quartieren“, wenn Menschen mit positivem Asylbescheid einerseits zu wenig Geld haben und andererseits keinen Zugang zu geförderten Wohnungen. FP-Chef Haimbuchner hat einen anderen Fokus. Er zeigt sich über das Sozialsystem der heimischen Bevölkerung be-

sorgt, das entlastet werden müsse. Stetige Zuwanderung und die wachsende Zahl von Mindestsicherungsbeziehern machten diese Sparmaßnahmen nötig, so der FP-Chef. Flüchtlinge sollten möglichst bald sehen, dass sie einer geregelten Arbeit nachgehen und sich selbst erhalten.

Anschöber merkt an, dass rund 700 teils seit Jahren leerstehende Wohnungen rasch für Flüchtlinge adaptiert werden könnten. Haimbuchner sieht das anders und betont, dass die Wohnungen vor der Neuvergabe erst saniert werden müssten: „In Oberösterreich warten rund 39.700 Österreicher teils schon jahrelang auf eine geförderte Wohnung. Dafür wird ihnen neben Steuern auch der Wohnbauförderungsbetrag vom Lohn abgezogen. Es gleicht einer Verhöhnung dieser Menschen, wenn jetzt Landesrat Anschöbers Wunschvorstellungen schlagend würden und sie sich wieder am Ende der Schlange anstellen müssten“, sagt er. Auch beim Deutschlernen herrscht Uneinigkeit. Während der grüne Landesrat geförderte Deutschlehrgänge für Flüchtlinge ab dem Tag ihrer Ankunft in Oberösterreich einführen will, um die Wartezeit sinnvoll zu nutzen, hält Haimbuchner das für den falschen Ansatz. Das Geld sollte in die Zukunft des Landes investiert werden und nicht in Menschen, die nach negativem Ausgang ihres Asylverfahrens wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Hat Integration unter diesen Vorzeichen eine Chance? „Auf parteipolitischer Ebene wird sich das vor allem bei den zwei großen Themen Mindestsicherung und Wohnförderung zeigen“, sagt Anschöber. Seine Befürchtung, dass eine schwarz-blaue Regierungskoalition die Arbeit in dem Bereich erschwere, weil die Ziele in eine ganz andere Richtung gehen, scheint sich zu bewahrheiten.



SCHLITTEKURS

Drei Fakten zu Polen

Keine Frage: Polen unter Kaczyński, das gibt kein schönes Bild. Antisemitische Töne und Säuberungen der staatlichen Medien wecken Besorgnis in Europa. Doch trotz aller Empörung – ein paar Dinge sollten dennoch zurechtgerückt werden.

TEXT: PIOTR DOBROWOLSKI
ILLUSTRATION: EVA VASARI

Die Tatsachen zuerst: Ja, Jarosław Kaczyński versucht mit allen Mitteln, Polens Verfassung zu seinen Gunsten zu ändern. Ja, er säubert das Militär, die Polizei und die staatlich kontrollierten Medien gnadenlos von allen, die seine nationalen Ideale nicht teilen. Ja, sowohl Premierministerin Beata Szydło als auch Präsident Andrzej Duda haben sich in ihrem bisherigen Handeln als völlig rückgratlose Marionetten von Kaczyński erwiesen. Ja, in ihrem Kern ist Kaczyńskis Recht- und Gerechtigkeitspartei PiS autoritär und bis weit in ihre Führung hinein antisemitisch. Und ja: Die PiS-Leute denken derart national, dass sie dieses Denken auch anderen aufzwingen wollen – etwa indem sie Schulbücher zensieren und umschreiben. Und ja, das auch: Jarosław Kaczyński ist die

menschlich unangenehmere und deutlich gefährlichere Version seines beim Flugzeugabsturz von Smolensk verstorbenen Zwillingbruders. So manches Zitat von Jarosław Kaczyński ist so unanständig, dass man wider besseres Wissen glauben möchte, es sei bloß von seinen GegnerInnen erfunden worden, um ihn zu diffamieren. Zum Beispiel dieses hier über Flüchtlinge: „Cholera auf den griechischen Inseln, Ruhr in Wien, alle Arten von Parasiten und Bakterien, die in den Organismen dieser Menschen harmlos sind, können hier gefährlich werden. Das heißt nicht, dass man jemand diskriminieren soll, aber überprüfen muss man diese Dinge schon.“

Das ist tatsächlich nicht mehr allzu weit vom nationalsozialistischen Topos entfernt, wonach Juden als Hauptüberträger

von Typhus besonders gefährlich seien. Und dennoch: Die Art, wie Polen seit Kaczyńskis Wahlsieg im Ausland wahrgenommen wird, hat etwas Übertriebenes, Reflexgesteuertes. Hauptsache, so scheint es, es gibt neben Viktor Orbán noch einen Buhmann im Haus Europa, der als Projektionsfläche für alles Böse, vor allem aber für die eigene moralische Überlegenheit dienen kann.

Sehr oft reduziert sich die Kritik an Kaczyński daher letztlich auf jenes Argument, mit dem schon vor mehr als 35 Jahren notorische Sowjet-Versteher gegen die freie Gewerkschaft Solidarność und gegen Lech Wałęsa argumentiert haben: Der polnische Nationalcharakter, so lautete damals das Argument, sei derart chauvinistisch, hinterwäldlerisch, katholisch und in der



Vergangenheit verwurzelt, dass man sich vor seinen RepräsentantInnen dringendst in Acht nehmen müsse. Anders gesprochen: Egal ob damals Moskau oder heute Brüssel – wenn es politisch wird, braucht der rückständige Pole einen aufgeklärten Vormund. Das hat schon damals nicht gestimmt und stimmt heute noch weniger. Dazu drei Fakten.

1. Mag sein, dass Kaczyński ein autoritäres Polen der Zwischenkriegszeit wiederauferstehen lassen will. Die Polen selbst wollen das nicht.

Schon die so oft zitierte Behauptung, dass Kaczyński bei der Wahl im Herbst die absolute Mehrheit erreicht hätte, führt in die Irre. Denn dank der polnischen Wahlord-

nung, für die Kaczyński ausnahmsweise einmal nichts kann, konnte seine PiS-Partei mit gerade einmal 37,5 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze im Sejm, dem Oberhaus des Parlaments, gewinnen. Doch das ändert nichts an der Tatsache, dass die Mehrheit der Polen Kaczyński eben nicht gewählt hat. Erst recht drastisch wird das Verhältnis, wenn man die Zahl der Stimmen für Kaczyńskis Partei mit jener aller Wahlberechtigten vergleicht, also auch jener, die zu Hause geblieben sind. Da stehen dann 5,7 Millionen Kaczyński-WählerInnen 25 Millionen Polen und Polinnen gegenüber, die ihn nicht gewählt haben.

Das heißt nicht zwangsläufig, dass jedem und jeder Einzelnen dieser 25 Millionen sofort ein demokratiepolitischer Persilschein ausgestellt werden muss. Wie anderswo auch gibt es in Polen DemokratInnen, politisch Verrückte, Linke, Rechte, Fremdenhasser, Altruisten, die ganze Palette eben. Doch entgegen der sehr rigiden Haltung der PiS-Partei in der Flüchtlingsfrage, deuten Meinungsumfragen darauf hin, dass sich Polen auch in menschenrechts- und de-

mokratiepolitischen Dingen durchaus im Rahmen des Europadurchschnitts bewegt. So sind etwa nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts TNS vom November 30 Prozent der polnischen Bevölkerung der Ansicht, dass Flüchtlinge eine Bereicherung für Polen sein können. In Österreich waren bei einer Umfrage von Marketagent.com im vergangenen Oktober 28 Prozent dieser Ansicht, allerdings mit der Einschränkung, dass das jene Bereiche betrifft, in den Arbeitskräftemangel herrscht.

Freilich: Der schweigenden Mehrheit der Kaczyński-NichtwählerInnen kann, wie jeder schweigenden Mehrheit, dennoch vorgeworfen werden, dass sie ja deshalb schweigt, weil sie die herrschenden Verhältnisse entweder gutheißt oder resigniert hat. Wer die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in Polen genauer verfolgt hat, kommt allerdings zu einem anderen Urteil. Die Kraft, die Beständigkeit und die unendliche Zahl von Protesten und Demonstra-

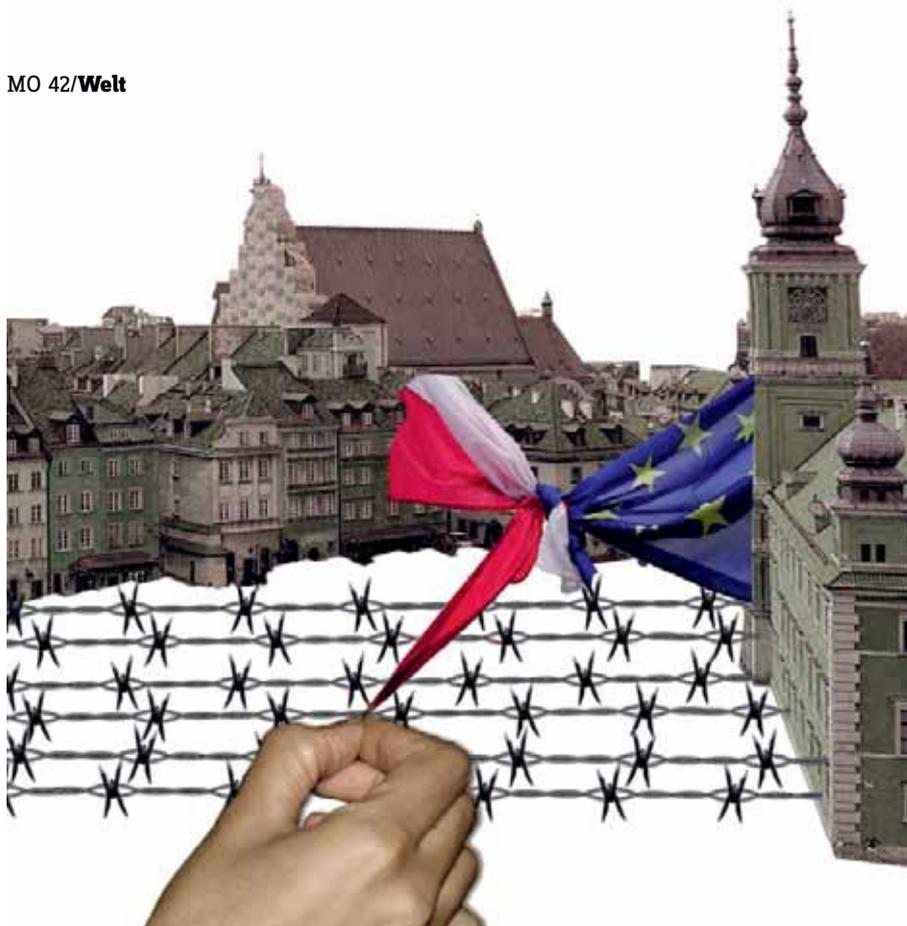
„Cholera auf den griechischen Inseln, Ruhr in Wien, alle Arten von Parasiten und Bakterien...“ J. Kaczyński

tionen gegen Kaczyński zeigen: Man kann den Polen vielleicht den Vorwurf machen, dass sie gegen eine demokratisch gewählte Regierung demonstrieren, aber sicher nicht, dass sie diese Regierung bejubeln.

Und um auch einmal in Zahlen zu zeigen, wie breit die Ablehnung von Kaczyński in Polen ist: Allein im Jänner haben die von Kaczyński zu einem Propagandaspektakel degradierten Hauptabendnachrichten im Ersten Programm des öffentlichen Fernsehens 410.000 Seher verloren! Das sind fast 10 Prozent. Und die Zahlen kommen nicht von der Opposition, sondern vom krisengeschüttelten Sender selbst.

Die symbolische Bedeutung des Nachrichtenboykotts ist übrigens für jeden geschichtsbewussten Menschen in Polen offensichtlich: In einer der schlimmsten Perioden des Kommunismus, während des Kriegsrechts der 1980er-Jahre, war es üblich, zur Zeit der Hauptabendnachrichten in den Hauptstraßen der Städte zu promenieren, um einander so zu versichern, wie sehr man das staats- und parteitreue Fernsehen verabscheut.

In den gegängelten Medien selbst gärt es ebenfalls: Unzählige JournalistInnen haben von sich aus den gleichgeschalteten Staats-



Polen: EU-Problemfall und Grund zur Sorge - oder auf gutem Weg?

funk verlassen, auch aus Solidarität mit ihren entlassenen Kollegen. Immer mehr Prominente weigern sich, im öffentlichen Fernsehen aufzutreten. Und sie tun ihre Ablehnung öffentlich kund wie zum Beispiel Seweryn Blumsztajn, einst eine anti-kommunistische Widerstandskone, heute einer der bekanntesten Publizisten Polens. „Mich bitte nicht mehr anrufen, ich werde nicht kommen“, richtete er Kaczyńskis TV-Machern in einem offenen Brief aus.

2. Viele Kaczyński-GegnerInnen im Westen wissen gar nicht, wie eng politisch verwandt sie mit ihm in Wirklichkeit sind.

Es ist naturgemäß die europäische Linke, die Kaczyński besonders heftig kritisiert. Ein Nationalist, ein konservativer Katholik und obendrein ein notorischer Fremdenfeind – könnte es ein passenderes Feindbild geben? Allerdings: Was viele ausländische Kaczyński-Kritiker nicht wissen – Kaczyński will das von seinen Vorgängern hinaufgesetzte Pensionsantrittsalter wieder auf 65 Jahre für Männer und 60 für Frauen senken. Unerhört? Für um das Budget besorgte Neoliberale ganz gewiss. Kaczyński will für Wenigerverdiener Beitragsbefreiungen im Gesundheits- und

Pensionssystem einführen. Unerhört? Für um das Budget besorgte Neoliberale ganz gewiss. Kaczyński hat übrigens auch die staatliche Familienbeihilfe massiv erhöht. Und eine Bankensteuer auf den Weg gebracht.

Er wettet nicht nur gegen multinationale Konzerne, sondern er will – das ist aber in der Tat nationalistisch – polnische Unternehmen viel stärker mit Fördergeldern beschenken als internationale. Für alle Freun-

Die Arbeitslosenquote hat sich in Polen von 20,7 Prozent auf 9,6 Prozent mehr als halbiert.

dInnen der kommunalen Nahversorgung gibt es aus Polen ebenfalls gute Infos: Um kleine Greißler, von denen es in Polen noch viele gibt, vor dem Untergang zu bewahren, sollen große Einkaufszentren an den Rändern der Stadt in Zukunft stärker besteuert werden als kleine Läden.

Freilich: Die Tatsache, dass diese wirtschaftspolitisch eher linke Agenda ausgerechnet von einem erklärten Rechten in Angriff genommen wird, ist seltsam. Das ist allerdings nicht unbedingt als ein Hinweis auf ein besonders konservatives polnisches Fluidum zu werten, sondern

eher als ein Beleg für das Versagen der dortigen Linken. Die hatte übrigens unter Leszek Miller einmal an die 40 Prozent. Sie hat es geschafft, dieses Vertrauen fulminant zu verspielen.

3. Kaczyński wird scheitern. Dafür wird auch die Ökonomie sorgen.

Und schließlich gilt: Auch wenn Polen in vielen Regionen immer noch arm, bäuerlich geprägt und ökonomisch tatsächlich rückständig ist – in Summe ist die wirtschaftliche Entwicklung, die das Land seit dem Ende des Kommunismus durchgemacht hat, beeindruckend. Von 1.698 US-Dollar auf 14.411 US-Dollar ist das BIP pro Kopf seit 1990 gestiegen, also um 848 Prozent. Österreich schaffte – zugegeben von einem deutlich höheren Niveau aus – in dieser Zeit nur rund 230 Prozent.

Die Arbeitslosenquote hat sich in den letzten zehn Jahren in Polen von dramatischen 20,7 Prozent auf 9,6 Prozent mehr als halbiert. Und gerade erst hat Forbes Polen als das drittbeste Land der Welt gelistet, um ein Start-up zu gründen. Noch besser schnitten nur China mit Peking und Shenzhen bzw. Malaysia ab. Das weiß man in Polen zu schätzen. Sobald Kaczyński diese Erfolge gefährdet, wird er daher Geschichte sein.

Was die Polen und Polinnen aber auch schätzen, ist die völlig veränderte geopolitische Bedeutung des Landes. Von einem bedeutungslosen Mitglied des Warschauer Paktes ist es während des vergangenen Vierteljahrhunderts zu einem wichtigen Player innerhalb der Europäischen Union geworden. Und zu einem wichtigen US-Verbündeten obendrein. Kaczyński passt mit seinen antiwestlichen Phobien da einfach nicht dazu.

Und nebenbei gesagt: Kaczyńskis ökonomisch bedingter Niedergang hat bereits begonnen. Um fast 25 Prozent ist der Leitindex der Warschauer Börse, der WIG 20, gefallen, seit die PiS die Wahlen gewonnen hat. Auf BBB+ hat die Ratingagentur Standard & Poor's Polen im Jänner abgewertet und dabei weitere Abwertungen nicht ausgeschlossen.

Die PiS reagierte auf die Abstufung übrigens auf ihre ganz eigene Art antikapitalistisch-scurril: Als Teil einer „linksgerichteten Verschwörung“ gegen Polen bezeichnete das negative Rating ein Parteisprecher.

CHANGE

Für einen progressiven Wandel

Die Türkei erlebt unter der AKP ein Patriarchat mit einer raffinierten Mischung aus Neoliberalismus, religiösem Konservatismus und Nationalismus. Nun bilden sich Frauennetzwerke gegen diese Entwicklungen.

TEXT: AYSE DURSUN

Mit einem wachsenden Konservatismus und Nationalismus in der Türkei rücken manche Werte zunehmend in den Vordergrund. Zum Beispiel der Glaube an die Komplementarität statt an die Gleichberechtigung der Geschlechter; oder auch Praktiken wie die der Strafmilderung für den männlichen Gewalttäter aufgrund „ungerechter Provokation“ seitens der Frau. Wir erleben aber nicht nur Zeiten deutlicher Repression, sondern auch wachsenden Widerstandes, wenn bestehende Verhältnisse hinterfragt und politische Alternativen erprobt werden. Es sind Frauenbewegungen, die in der Türkei heute eine besonders wichtige Quelle für einen progressiven gesellschaftlichen Wandel darstellen. Der Krieg im Inland sowie in der Region, in Syrien und im Irak, drängt frauenpolitische Themen schnell in den Hintergrund. Dann geht es um Themen wie „nationale Sicherheit“ und „Geopolitik“, die besonders prominent diskutiert werden. Zum anderen sind es die von Feministinnen und anderen progressiven Frauengruppen vorangetriebenen Ideen und Vorstellungen, die das Potenzial haben, den Ursachen – Ausbeutung, Akkumulation, Konkurrenz, Gewalt – bestehender Krisen entgegenzuwirken.

Die Geschlechterpolitik der AKP

Die Politikwissenschaftlerinnen Simten Coşar und Metin Yeğenoğlu unterscheiden zwischen drei historischen Modi des Patriarchats in der Türkei. Diese Typo-



Frauenrechts-Demo in Istanbul am 25. November 2014. Die Vernetzung zwischen verschiedenen politischen Lagern und Klassen hat zugenommen.

logie vermittelt zum einen deskriptiv unterschiedliche historische Manifestationen des Patriarchats und konzipiert das Patriarchat als ein historisches und dynamisches Regime. Zum anderen enthält

Der Krieg drängt frauenpolitische Themen schnell in den Hintergrund.

diese Typologie möglicherweise Hinweise darauf, durch welche Mittel oder Zusammenschlüsse Frauenbewegungen spezifische Modi des Patriarchats bekämpfen (können). Der erste Modus, das republikanische Patriarchat, hegemonisierte den Dis-

kurs über die Emanzipation der Frau bis in die 1980er. Der Status der Frau verbesserte sich durch *Kemalistische* Reformen in den 1920ern und 1930ern wie die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches (1926) und des Wahlrechts für Frauen auf kommunaler (1930) und nationaler Ebene (1934). Gleichzeitig diente die moderne gesetzliche Grundlage, das Bürgerliche Gesetzbuch, der Institutionalisierung der patriarchalen Kernfamilie mit dem Mann als Familienoberhaupt. Die Rolle der Frau wurde auf die der „gnädigen und tugendhaften Mutter der Nation“ reduziert. Ab den 1980ern erlebte die Türkei eine Liberalisierung des Marktes, die durch einen Militärputsch und die Auflösung

des Parlaments, der Gewerkschaften und anderer (linker) Organisationen nachhaltig institutionalisiert werden konnte. Im liberalen Modus des Patriarchats, der charakteristisch für diesen Abschnitt ist, werden Ehefräulichkeit und Mutterschaft im Diskurs von der öffentlichen Sphäre abgekoppelt und als persönliche Entscheidung verstanden, um Frauen jenseits ihrer unbezahlten Arbeit im Haushalt auch als bezahlte Arbeitskraft in den sich dehnen- den Markt einzubeziehen.

Laut Coşar und Yeğenoğlu erleben wir gegenwärtig den laufenden Übergang vom republikanisch-liberalem zum religiös-neoliberalen Patriarchat, das ist der dritte Modus, nunmehr unter AKP-Führung seit dem Jahr 2002. Mit der neoliberalen Transformation seit den frühen 2000er-Jahren wurden Frauen, die einen ohnehin vergleichsweise geringen Anteil am Arbeitsmarkt ausmachten, zunehmend zu fle-

Laut einer Studie von 2009 erlitten 39 Prozent aller verheirateten Frauen physische Gewalt.

xiblen und unsicheren Arbeitskräften. Der Prozess der Prekarisierung ist begleitet von einem konservativen Moralverständnis, das der Tradition, dem Glauben und der Familie eine Heiligkeit zuspricht. Das Privateigentum wird als Baustein der Familie moralisiert. Dieser Modus des Patriarchats enthält Elemente des Neoliberalismus, des Nationalismus und religiös orientierter Politiken. Die amtierende AKP-Regierung mit ihren Sozial- und Wirtschaftspolitiken und Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan sind die zentralen Treibkräfte hinter diesem Modus des Patriarchats, der sich durch alltägliche Gebräuche innerhalb der Gesellschaft legitimiert und konsolidiert.

Die Diskurse und Politiken der AKP sind eher widersprüchlich als einheitlich und strategisch als auch ideologisch. Neben dem Nationalismus und religiösen Konservatismus integrierte die AKP zeitweise einen gewissen Liberalismus in ihren Argumentationsmustern, zum Beispiel ihre Haltung pro EU-Beitritt der Türkei. In der ersten Amtsperiode hielt die AKP Dialogkanäle mit Frauenorganisationen offen, Frauen konnten ihre Forderungen in die politische Tagesordnung und sogar in das Gesetz einbringen. Ein Beispiel dafür ist die Reform des Strafgesetzes im Jahr 2004. Danach verzichtete die AKP jedoch zuneh-

mend auf den Austausch mit Frauenbewegungen. Restriktive Politiken etwa in Bezug auf das Recht auf Abtreibung und Verhütung setzte man oftmals auch ohne gesetzliche Grundlage um. Feministinnen gerieten zur Zielscheibe sexistischer Angriffe seitens hoher Parteifunktionäre. Ganz unterschiedliche Frauenbewegungen fanden sich deshalb in einem zunehmend feindlichen politischen Umfeld.

Fehlende Frauenhäuser

Es besteht heute eine Vielzahl von Frauenbewegungen in der Türkei, die sich zu unterschiedlichen politischen Anliegen und Identitäten bekennen. Zwei Themen stehen aufgrund ihrer Zentralität und Dringlichkeit gegenwärtig besonders heraus: Gewalt an Frauen und der (Bürger-)Krieg. Seit den 1980ern haben Feministinnen häusliche Gewalt skandalisiert und politisiert, indem sie die Trennung des „Privaten“ und vom „Öffentlichen“ dekonstruierten („Das Politische ist persönlich“). Sie forderten dabei den Staat auf, die physische, psychische und sexuelle Integrität und Selbstbestimmung der Frauen zu gewährleisten.

Häusliche Gewalt und Mord an Frauen haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Es werden täglich bis zu drei Frauen ermordet, zum größten Teil seitens ihrer intimen Partner oder männlicher Familienmitglieder. Laut einer Studie aus dem Jahr 2009 erlitten 39 Prozent aller verheirateten Frauen physische Gewalt, 15

Prozent sexuelle Gewalt sowie 44 Prozent psychische Gewalt. Offizielle Daten werden aber nicht erhoben, in den meisten Fällen werden zudem die Behörden nicht verständigt. Täter dürften sich durch das von der Regierung propagierte konservative Familien- und Frauenbild ebenso ermutigt fühlen wie durch eine mangelnde Infrastruktur, etwa Frauenhäuser, und den fehlenden Willen, geschlechtsbasierte Straftaten systematisch und konsequent zu verfolgen. Der feministische Aktivismus hingegen engagiert sich im Fall von „Gewalt gegen Frauen“ auf verschiedenen Ebenen, von der Unterbringung und Beratung von Frauen bis zum Monitoring von Gerichtsverfahren gegen die Täter. Auch Daten über Gewalt an Frauen werden gesammelt.

Das Lila-Dach-Frauenhaus (*Mor Çatı Kadın Sığınağı Vakfı*), ein autonomes feministisches Kollektiv, stellt seit 1990 ein wichtiges Solidaritätsnetzwerk und eine zentrale Institution des frauenpolitischen Kampfes gegen Gewalt dar. Eine jüngere Initiative des Feministischen Kollektivs Istanbul (*Istanbul Feminist Kolektif*) berichtet monatlich in den sogenannten „Frauen beanspruchen ihr Leben zurück“ (*Kadınlar Hayatlarına Sahip Çıkıyor*)-Mitteilungsschriften über aktuelle Fälle, in denen Frauen Männer verletzt oder ermordeten, die ihnen physischen, psychischen oder sexuellen Schaden zugefügt haben. Während Feministinnen solche Taten von Frauen gegenüber männlichen Gewalttätern als Selbstver-

Der feministische Aktivismus engagiert sich im Fall von „Gewalt gegen Frauen“ auf verschiedenen Ebenen, von der Beratung von Frauen bis zum Monitoring von Gerichtsverfahren gegen die Täter.





Feminismus versus Konservativismus. In der ersten Amtsperiode führte die AKP noch einen Dialog mit Frauenorganisationen, danach verzichtete sie zunehmend auf Austausch.

teidigung verstehen und vor Gericht Freisprüche verlangen, decken sie gleichzeitig die Bevorzugung von Männern im Gerichtsverfahren systematisch auf. Eine jüngere Initiative muslimischer Frauen gegen Gewalt (*Kadına Şiddetle Karşı Müslümanlar İnisiyatifi*) politisiert das Thema auch in konservativen Segmenten der Gesellschaft, wo Gewalt noch immer hauptsächlich als „privat“ verstanden wird.

Neue Allianzen

Eine friedliche Lösung der seit den 1980ern mit schwankender Intensität andauernden bewaffneten Auseinandersetzung zwi-

schen dem türkischen Staat und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) ist ein weiteres Anliegen von Frauenbewegungen. Krieg gilt als männlich konnotierte „high politics“, die Frauen aus der politischen Debatte ausschließt. Der Krieg wird von Männern beschlossen und von Männern geführt. Eine feministische bzw. frauenpolitische Intervention in den Krieg bedeutet zunächst, die Debatte zu *gendern*, indem die geschlechtsspezifischen Folgen des Krieges identifiziert und ein alternativer Diskurs jenseits der nationalistisch-militaristischen Rhetorik aufgebaut wird. Die Fraueninitiative für den Frieden (*Barış*

İçin Kadın Girişimi) plädiert seit 2009 für die (Wieder-)Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK. Mit dem Slogan „Wir haben das Sagen über den Frieden; wir haben die Kraft, eine Lösung zu finden“ schaffen Frauen Räume, Netzwerke und Möglichkeiten, Alternativen für den Aufbau eines dauerhaften Friedens zu finden. Eine Besonderheit dieser Initiative ist der seltene Zusammenschluss von Frauen aus unterschiedlichen Ideologien und Bewegungen – beispielsweise feministische, kurdische, muslimische –, wobei diese Ideologien und Identitäten sich häufig überschneiden. Die Zusammensetzung dieser Initiative weist zum einen eine theoretische und zum anderen eine strategische Stärke für emanzipatorische Frauenpolitik in der Türkei auf. Die Entstehung und Zusammensetzung der Gruppe weist auf die Erkenntnis hin, dass der soziale Sta-

Frauen unterschiedlicher Ideologien und Bewegungen plädieren für Friedensverhandlungen mit der PKK.

tus von Frauen durch das Zusammenspiel vieler gesellschaftlicher Verhältnisse (z. B. Geschlecht, Klasse, Ethnizität, Religion) bestimmt wird. Durch diese Erkenntnis lassen sich des Weiteren ideologie- und bewegungsüberschreitende Allianzen von Frauen schließen, um gemeinsame Ziele kollektiv zu verfolgen.

Lösung bestehender Krisen

Vor dem Hintergrund des aktuellen Modus des Patriarchats in der Türkei, welcher eine raffinierte Mischung aus Neoliberalismus, religiösem Konservativismus und Nationalismus darstellt, weisen Frauenbewegungen großes Potenzial für eine progressive gesellschaftliche Transformation auf. Während der religiös-konservative Neoliberalismus die Frau weiterhin prekariert und geschlechterpolitische Anliegen entpolitisiert und privatisiert, nimmt jede Form von Gewalt gegen Frauen kontinuierlich zu. Auch der andauernde Krieg trägt zusätzlich zu der Verletzbarkeit des Lebens und der Rechte von Frauen und anderen Betroffenen bei. Durch ihre Anti-Gewalt- und Anti-Krieg-Schwerpunkte enthüllen Frauenbewegungen den Kern der *Malestream*-Politik, die keine Lösung für bestehende Krisen anbieten kann, weil gerade sie der Ursprung und Quelle dieser ist.

POPULÄR GESEHEN

Die Hetzmasse

Der Mensch ist unter Umständen eine gefährliche Spezies. „Die Decke der Zivilisation ist dünn“, bemerkte der Psychoanalytiker Sigmund Freud einst.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Es kann schnell gehen, dass Nachbarn zu Feinden werden. Wir haben nebeneinander und miteinander gelebt, erzählen mir Freunde aus dem ehemaligen Jugoslawien. Im selben Dorf, in derselben Straße. Plötzlich gab es kein Gespräch mehr, nur mehr Misstrauen, Hass und Angst. Die Angst steckte im Spalt zwischen „Was habe ich?“ und „Wer bin ich?“. Eigentlich unglaublich, wie schnell Nationalismus, Identität, Ohnmacht und Eifersucht zu einem giftigen Gebräu werden können. Besonders in Krisen – dann, wenn Bestehendes zerfällt und das Neue noch nicht geboren ist. Soll Hetze gegen eine bestimmte – meist schwächere Gruppe – erfolgreich sein, dann braucht es eine bestimmte Masse und die Erwartung, dass das eigene Tun keine persönlichen Folgen hat. Die Masse kann auf der Straße sichtbar sein, sie kann sich aber auch online auf Facebook organisieren. Ein wichtiger Grund für das schnelle Anwachsen der „Hetzmasse“ – wie der Schriftsteller Elias Canetti das Phänomen nannte – ist die Gefährlosigkeit des Unternehmens. Niemand habe eine Sanktion zu befürchten. Der Sündenbock muss folgenlos erlegbar sein. Nachdem das Opfer erledigt ist, zerfällt die Hetzmasse wieder, ihre Mitglieder kehren in ihren früheren, unbefriedigten Zustand zurück. Was bleibt: Unruhe und das Verlangen nach einem stärkeren Kick. Hetze wirkt wie Drogen. Um dieselbe Wirkung wie vorher zu erzielen, muss beim nächsten Mal die Dosis erhöht werden.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Der Mensch ist unter Umständen eine gefährliche Spezies. „Die Decke der Zivilisation ist dünn“, bemerkte der Psychoanalytiker Sigmund Freud. Und Schriftsteller Alfred Polgar schrieb: „Ich glaube an das Gute im Menschen – rate aber, sich auf das Schlechte in ihm zu verlassen.“ Es kann schnell gehen, wenn Identität, Ohnmacht und Eifersucht zu einem giftigen Gebräu werden. In einer aus Nordamerika überlieferten Erzählung sagte der Großvater zu seinem Enkel: „In meiner Brust findet ein schrecklicher Kampf zwischen zwei Wölfen statt. Der eine Wolf hält sich für etwas Besseres, ist rachsüchtig, eifersüchtig, unaufrichtig und voller Angst. Der andere Wolf hält Konflikte aus, ist freudvoll, einfühlsam, großzügig und voller Hoffnung. Beide Wölfe kämpfen oft miteinander. Sie umkreisen sich gegenseitig und fletschen ihre Zähne. Sie gehen sich gegenseitig an die Kehle, so lange bis einer der beiden kraftlos zu Boden sinkt. Immer wieder, Nacht für Nacht, Tag für Tag erwachen sie zu neuem Leben und beginnen von vorn.“ Der Kleine wurde ungeduldig. „Großvater, sag schon: Welcher von den beiden gewinnt?“ Der alte Mann antwortete: „Der, den du fütterst.“

SONDERRECHE

Wer fehlt? Die Friedensbewegung

Über die merkwürdige Abwesenheit der alten Tante.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

250.000 Leben sind ausgelöscht. Millionen sind auf der Flucht, ein Land am Boden. Die Region ächzt unter den Folgen, Europa steht ohne Hosen da. Im März geht der Krieg in Syrien ins sechste Jahr. Doch der Konflikt-Zyklus scheint noch nicht am Ende. Der Zustrom an Geld, Waffen und KämpferInnen klingt nicht ab. Im Gegenteil: Iran, Russland, die USA, Saudi-Arabien, die Türkei und Europa fachen den regionalen Konflikt zu einem Krieg mit geostrategischer Dimension an.

Eine Friedensbewegung fehlt schmerzlich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist blockiert, weil Vetomächte Kriegsparteien sind. Der Streit geht auch um die Legitimation staatlicher Gräueltaten mit „nationaler Souveränität“ und imperialer Machtpolitik mit „Menschenrechten“. Deutlich zeigt sich der Bedarf nach einem System kollektiver Sicherheit, das auf Recht basiert und nicht auf Macht. Doch warum sind die europäischen Zivilgesellschaften in Schockstarre? Haben wir nicht den Sommer über die Bekämpfung der Fluchtursachen eingemahnt bis in den Herbst? Hat nicht die Willkommenskultur soziale Bärenkräfte zum Vorschein gebracht? Hunderte mit ihren Autos als FluchthelferInnen unterwegs, tausende an den Bahnhöfen als Freiwillige. Und hunderttausende mit Herz und Portmonee dabei.

Die USA beendeten den Vietnamkrieg nicht zuletzt durch den Druck der Friedensbewegung. Jene 10 Millionen Men-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

schen, die am 15. Februar 2003 weltweit gegen den Irak-Krieg auf die Straße gingen, werden als erste Bewegung gehandelt, die eine globale öffentliche Meinung erzeugen konnte und dabei den Handlungsspielraum der Kriegführenden erheblich beschränkte.

Die Lage in Syrien ist komplexer. Der Krieg ist von zahlreichen regionalen und globalen Einzelkonflikten durchzogen. Schuld und Verantwortung sind fragmentiert, die globale Empörung findet keinen mobilisierenden Bösewicht. Zudem: Was kommt danach? Unter diesen Bedingungen kann eine europäische Friedensbewegung nur unter einer sehr allgemeinen Losung – für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung – den bitter benötigten Druck erzeugen. Eine Unbestimmtheit, die schnell den falschen Vorwurf der Naivität einbringt. Unschwer lässt sich europäische Verantwortung am Verlauf der Geschichte festmachen. Der IS ist ein Produkt zerstörter ziviler und staatlicher Strukturen im Irak. Vernichtet mit einem Krieg, der auf Lügen der Bush-Regierung basierte, von Europa unterstützt. Schon der Grenzverlauf zwischen Syrien und dem Irak, die der IS durch seine Ausrufung in Frage stellt, ist ein Produkt der Ordnung, die Großbritannien und Frankreich vor genau hundert Jahren durch einen willkürlichen Federstrich gegen den Willen der lokalen Bevölkerung errichtete.

Gesinnungsfeinde

... und so schont man seine Nerven und kennt bald nur noch Gesinnungsfreunde. Ich habe auch „Freunde“, die dem rechten Lager zuzuordnen sind. Aber löschen konnte ich sie bisher nicht.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Barbara und ich waren alte Freundinnen. Jetzt sind wir Gesinnungsfreunde. In diesen Tagen hört man viel von Spaltungen. Die Europäische Union ist gespalten, heißt es, und die österreichische Gesellschaft. Gespalten wegen oder durch die Flüchtlingskrise. Vielleicht wird das Wort gespalten mitunter inflationär gebraucht. Aber ganz ehrlich: In sozialen Netzwerken werden Grabenkämpfe ausgefochten. Meine Facebook-Timeline ist der Beweis. „Freunde“, die für Flüchtlinge Spenden sammeln, „Freunde“, die Asylsuchende als Gefahr für Wohlstand und Sicherheit sehen. Meinungsvielfalt eben. Man kann über Wochen und Monate hinweg beobachten, wie Menschen und ihre Meinungen sich radikalisieren, wie Postings mehr und mehr untergriffig, wütend und ängstlich daherkommen. Einige meiner Freunde aktualisieren regelmäßig ihre Freundesliste. Wer die FPÖ gutheißt, gegen Schwule und Lesben wettert oder Flüchtlinge mit Terror gleichsetzt, wird entfernt. Einfach. Gelöscht. Und so schont man seine Nerven und kennt bald nur noch Gesinnungsfreunde. Ich habe auch „Freunde“, die dem rechten Lager zuzuordnen sind. Aber löschen konnte ich sie bisher nicht. Warum? Ich war ein Mama-Kind. Als ich in den Kindergarten musste, brach für mich eine Welt zusammen. Ich hörte erst auf zu weinen, als mich meine Mutter wieder vom Kindergarten abholte. Es wurde erst besser, als ich meine erste beste Freundin traf. Nennen wir sie Barbara. Barbara und

mich verband bis in die Teenagerzeit hinein eine tiefe Freundschaft. Wir teilten unser Essen, unser Spielzeug und unsere Geheimnisse. Heute verbindet uns nur noch unsere Vergangenheit und Facebook. Barbara ist heute eine von denen, die gegen Asylsuchende protestieren. Sie nimmt an einer Veranstaltung teil, auf der man die Nationalfahne schwenkt, sich gegen die Regierung und natürlich gegen Flüchtlinge wehrt. Barbara likt PEGIDA Wien. Sie teilt deren Postings. Sie kommentiert sie mit Ausdrücken wie „Geht's noch?“ oder „Ohne Worte“. Nicht weil sie der Rassismus, die Menschenverachtung und der Hass schockieren – so wie mich. Sondern weil die BAWAG Islamic Banking einführt, weil ein Flüchtling irgendeine Sonderbehandlung erhalten haben soll. Barbara teilt Vermisstmeldungen von Hunden, Selfies und Onlinenews von propagandistischen Websites. Ich teile Texte über Toleranz, Menschenrechte und Rassismus. Barbara und ich – wir sind Gesinnungsfreunde. Wir könnten uns nicht unterhalten, ohne zu streiten, ohne uns gegenseitig zu verletzen. Weil wir uns nicht mehr verstehen würden. Wenn die österreichische Gesellschaft gespalten ist, dann stehen wir auf zwei unterschiedlichen Seiten. Rechts und links. Pro und Contra. Wir kommunizieren nicht miteinander, aber ich „lösche“ Barbara nicht und sie mich auch nicht. Das ist vielleicht auch besser so. Einen großen Spalt überwindet man nur mit einer Brücke. Und Facebook ist die einzige, die wir noch haben.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Körper als Ware

„Niemand kann heutzutage die Augen vor dem Primat der Kommerzialisierung verschließen, niemand kann die Di-

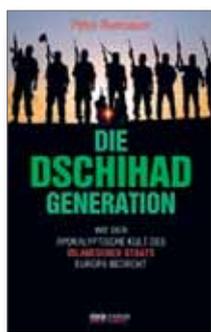
mensionen der Ausbeute des menschlichen Körpers negieren – und doch überrascht es immer wieder, in welchem globalen Ausmaß Modalitäten der Durchökonomisierung und Verwertung an der Tagesordnung stehen“, schreibt Lisbeth N. Trallori in ihrer jüngsten Publikation „Der Körper als Ware – Feministische Interventionen“. Die Soziologin und langjährige Kritikerin der Reproduktionsmedizin legt einen wichtigen Zwischenruf vor. Viel zu lange hat der Feminismus zu den Entwicklungen geschwiegen und den Widerstand der Frauenbewegung vor 30 Jahren vergessen – Trallori hingegen nie. Besonders Sozialdemokratinnen sehen

nur die vermeintliche Autonomie und negieren die schonungslose Kommerzialisierung des Frauenkörpers. Der Feminismus gibt hier dem Kapitalismus freimütig die Hand. Trallori räumt ein, dass es seit jeher das Phänomen der Vermarktung des Körpers gebe, etwa die Sklaverei, Menschenhandel, Prostitution. Allerdings werde die Aneignung bei Phänomenen, die das Innere des Körpers betreffe, „im Namen des technozentrierten Fortschritts und im Auftrag der Obergotttheit Gesundheit“ hingegenommen. Der menschliche Körper, so wie von der Natur gebaut, gilt als defizitär. Die Schwächen und Risiken müssen bekämpft werden, mit allen Mitteln und

um jeden Preis. Trallori analysiert gekonnt Leihmutterchaft, Gendiagnostik, Fitnesswahn, Organhandel und Cyber-Identitäten. Angesichts der Absurditäten kann einem schon mulmig werden, denn sie finden scheinbar ungehindert – von medialen Beschönigungen und liberalen Gesetzen begleitet – statt. Umso wichtiger ist dieses Buch, um den Blick zu schärfen. *eba*

Lisbeth N. Trallori
Der Körper als Ware. Feministische Interventionen
 Mandelbaum Verlag 2015
 254 Seiten, 19,90 Euro

BUCH



Die Dschihad Generation

Auch wenn der Titel „Die Dschihad Generation. Wie der apokalyptische Kult des Islamischen Staates Europa bedroht“ geschickt die Gesetze des Marktes zu nutzen weiß, ist dieses Buch doch ein ernsthafter Ver-

such, sich einem Phänomen anzunähern: Jugendliche aus unterschiedlichen europäischen Staaten wollen für den IS Partei ergreifen und in den Krieg ziehen. Warum sie das tun und wie das funktioniert, erörtert die langjährige NEWS-Redakteurin Petra Ramsauer, die mehrfach den arabischen Raum für ihre Reportagen bereist hat. Sie zitiert einzelne Fälle, beschreibt, welche Rolle die Propaganda-Maschine des IS im Internet spielt, weist aber auch darauf hin, dass überraschend oft ganz einfach persönliche Kontakte – auch im Freundeskreis – ihre Wirkung tun. Den naiven Burschen, nicht wenige aus problematischen Familien, werden Frauen und schnelle Autos versprochen, bis sie

sich als Kanonenfutter in Syrien wiederfinden. Dass die Rattenfänger von ar-Raqqa sich zwar nach dem Bausteinprinzip diverser Passagen aus dem Koran bedienen, aber mit moderner Koran-Exegese wenig zu tun haben, gilt mittlerweile wohl als Konsens. Hassan Hassan, Ko-Autor von „Inside the Army of Terror“ und Fellow des Tahrir Institute for Middle East Policy in Washington, DC, unterscheidet sechs Typen von Dschihadisten, die in den Krieg ziehen. Nicht alle von ihnen treibt religiöser Fundamentalismus an. Die größte Gruppe, so zitiert die Autorin Hassan Hassan, werde am häufigsten übersehen: die jener Syrer und Iraker, die sich aus politischen Gründen dem IS angeschlossen

haben. Ihnen ginge es im Vakuum der Diktaturen darum, eine schiitische Dominanz zu verhindern.

Bei ihren Gesprächen mit Jugendlichen in Europa stieß Ramsauer zwar auf eine Verurteilung der niederträchtigen Gewalt des IS, zugleich aber immer wieder auf ein diffuses Grundverständnis, das mit postkolonialer Politik oder auch diffusen Stimmungen wie jener zu tun hat: Die Welt führe Krieg gegen die Muslime oder die Welt hätte die Muslime vergessen, sind dabei zwei der simplen Erklärungsmuster. *gun*

Petra Ramsauer
Die Dschihad Generation
 Styria premium 2015
 208 Seiten, 24,90 Euro

SPOTLIGHT

Liberalisierung ist gar nicht möglich

Nikolai Statkevich trat 2010 als entschiedenster Gegner des weißrussischen Präsidenten Aleksander Lukaschenko an. Dann verschwand er für fünf Jahre im Arbeitslager. Die EU sollte Weißrusslands Oppositionelle nicht vergessen.

TEXT: BIANCA SAID

Erst kürzlich hat die EU ihre Sanktionen gegen Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko auslaufen lassen. Der Mann, der seit 1994 mit eiserner Hand regiert, hat den Ruf, der letzte Diktator Europas zu sein. Im Oktober 2015 wurde Lukaschenko mit 83,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Selbst wenn Oppositionelle es wagen, bei den Wahlen anzutreten, müssten sie dafür 100.000 Stimmen im Land sammeln. Doch die Stimmung ist mittlerweile resignativ, viele Menschen wollen keinen Ärger, weil sie ohnehin nicht an eine Veränderung glauben. Nikolai Statkevich war einer der entschiedensten Herausforderer von Lukaschenko. Kurz vor den Wahlen 2010 rissen ihn Polizisten aus dem Auto, verprügelten ihn und steckten ihn – im Rahmen einer groß angelegten Verhaftungswelle – ins Gefängnis. Statkevich wurde zu sechs Jahren Arbeitslager verurteilt, weil er Proteste gegen den Präsidenten organisiert hatte. Im August 2015, zwei Monate vor jener Wahl, die die EU offenbar bewog, ihre Sanktionen zu beenden, ließ Lukaschenko den sozialdemokratischen Politiker der BSDP (NH) überraschend frei. Als letzten der Präsidentschaftskandidaten von damals, die verhaftet wurden. Ob es die Forderungen des Europäischen Parlaments und von Menschenrechtsorganisationen waren, die das bewirkten, oder doch die Sanktionen, wer könnte es sagen. Die Zeit und die Einschüchterungen haben jedenfalls für das Regime aus Minsk gearbeitet, die



Statkevich: Einer der Hoffnungsträger für eine Demokratie in Weißrussland, trifft auf eine zerschlagene Opposition.

weißrussische Opposition ist heute marginalisiert. Während die EU ihre Sanktionen aufhebt, sollte sie deshalb Menschen wie Statkevich nicht vergessen. Der heute 59-Jährige, ein Ingenieur der Militärakademie in Minsk, hatte sich über die Jahre standhaft geweigert, ein Gnadengesuch an Lukaschenko zu richten. Alle paar Wochen durfte er mit seiner Tochter telefonieren, die in Deutschland lebt und sich ebenfalls für seine Freilassung eingesetzt hatte. Statkevich berichtet von Folter mit KGB-Methoden während seiner Haftzeit, aber auch davon, dass man ihm einen Englischkurs über Audiobooks genehmigt hatte. Wohl in der Hoffnung, dass er später das Land ver-

lassen würde. 23 Tage lang war er in Hungerstreik, mehr als ein halbes Jahr lang soll er zwangsweise künstlich ernährt worden sein. Wie viele andere politische Häftlinge des Landes musste auch Statkevich schwere körperliche Arbeit verrichten, Holzfälen zum Beispiel. Auch als er sich einmal den Arm brach. Amnesty International berichtete damals, Statkevich sei einem Sägewerk der Strafkolonie Nr. 17 zugeteilt worden, später verlegte man ihn in das Gefängnis Nr. 4. Gesicherte Informationen drangen selten nach außen. Als die Gefängnisleitung von Suizidabsichten berichtete, musste Statkevichs Familie vermuten, dass damit vielleicht ein Mord verschleiert würde. NGOs wie das in Minsk ansässige Human Rights Center Viasna, zu Deutsch „Frühling“, haben mit ihrer demokratiepolitischen Arbeit einen schweren Stand. Viasna-Gründer Ales Bjeljazki wurde 2011 selbst zu 4,5 Jahren Arbeitslager verurteilt, offiziell wegen Steuerhinterziehung. Während die EU intensiv mit der „Flüchtlingskrise“ und den auseinanderdriftenden nationalstaatlichen Interessen beschäftigt ist, bleibt für die Ränder Europas nicht viel Aufmerksamkeit. Nikolai Statkevich warnt indes davor, die Regierung in Minsk auf dem Weg der Reformen zu sehen. Dort täusche man eine Liberalisierung vor, so Statkevich in einem Interview nach seiner Haftentlassung, obwohl das gar nicht möglich sei. Denn jede Liberalisierung würde bedeuten, dass sich das System Lukaschenko selbst zu Fall bringt.

Community News

Muslimische Communities helfen oft unbürokratisch und arbeiten zumeist abseits der Öffentlichkeit an der Integration von Flüchtlingen. Sie sind eine wichtige Schnittstelle innerhalb der Gesellschaft. Was aber tut sich hier?

TEXT: IBRAHIM YAVUZ

Neue Rolle als Schlichter

MuslimInnen haben als Teil der österreichischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren ihre Türen für ankommende Flüchtlinge geöffnet. Die Islamische Föderation in Wien (IFW) berichtet, dass sie in ihrem Veranstaltungssaal bislang 13.000 Menschen aus unterschiedlichen Ländern versorgt hat: mit Verpflegung, einem Schlafplatz und fallweise auch mit den nötigen Dingen für eine Weiterreise. Auch dieses Jahr sind mehrere hundert Menschen dort untergekommen, vorwiegend aus Afghanistan, dem Irak und dem Iran. Im Kontakt mit anderen Stellen, etwa der Stadt Wien, sieht man bei der Islamischen Föderation sogar Fortschritte durch diese Arbeit. „Auch wenn in Koordinationskreisen und Sitzungen Muslime immer noch mit Vorurteilen und Vorbehalten zu rechnen haben, stellen wir doch fest, dass das über den aktuellen Dialog abnimmt“, erzählt der IFW-Pressesprecher Ersoy Bülbül. Schon mehrmals hätten Behörden ihn in der Nacht kontaktiert, als es Probleme in Flüchtlingsunterkünften gab. Bülbül fand sich so unversehens in der neuen Rolle, als Schlichter zwischen Behörden und Flüchtlingen aufzutreten. Dass man ihn deshalb kontaktiert, findet der Vertreter der Islamischen Föderation aber durchaus normal: „Das ist doch klar. Wir sind Muslime und viele, die kommen, auch.“ Weniger Verständnis hat Bülbül aber dafür, dass man immer nur bei Bedarf Muslime und Musliminnen an den Tisch holt, anstatt im Gespräch zu bleiben: „Deshalb entsteht auch

keine kontinuierliche Zusammenarbeit, aus der sich mit der Zeit eine gegenseitige Vertrauensbasis bilden könnte.“ Bei Bülbüls Einsätzen geht es zumeist um eher harmlose Konflikte. Einmal fehlt ein Gebetsplatz, ein anderes Mal eine ausreichende Waschmöglichkeit. „Wir mussten auch schon mal eine Hausordnung ausarbeiten, an die sich dann alle zu halten haben“, erzählt er. Ein Mandat für seinen Schlichterjob gibt es nicht. Auch sonst fehlt eine offizielle Regelung für seine neue Tätigkeit. „Alles beruht auf inoffiziellen Telefonaten und Gesprächen. Und wenn ich mal keine Zeit habe, dann werden die Probleme einfach aufgeschoben.“

Bülbül erinnert sich, dass sich einmal Familien bei ihm gemeldet haben, weil sie eine Pflegeelternschaft für ein Kind beantragen wollten. „Vereinzelt gibt es das, dass Menschen Flüchtlingskinder als Pflegeeltern bei sich zu Hause aufnehmen wollen.“ Der Gesetzgeber mache es den Hilfsbereiten aber nicht leicht, die Bedingungen für so eine Pflegeelternschaft seien sehr umfangreich. „Das schreckt viele Muslime ab“, so Bülbül.

Ehrenamt Gefängnisseelsorger

Immer wieder wird diskutiert, ob die Gefängnisse in Österreich ein „Sumpf“ der Radikalisierung sind. Wie ist die Lage, wird darauf auch reagiert? Derzeit finanziert der Staat sechs katholische Seelsorger, während es kein Geld auch nur für einen einzigen muslimischen Seelsorger gibt. Das findet Ramazan Demir ungerecht. Er ist hauptberuflich islamischer Religionslehrer und

seit Jahren ehrenamtlich und sehr rüh- rig als Gefängnisseelsorger in der Justizanstalt Josefstadt unterwegs. Demir pocht auf die Gleichberechtigung, zu der sich der Staat in Bezug auf Religionsgemeinschaften verpflichtet hat. Diese vermisst er im Fall der Muslime. Er hatte schon mit der Verabschiedung des neuen Islamgesetzes gehofft, dass sich nun auch seine Situation als Gefängnisseelsorger verbessern würde. Immerhin steht im Islamgesetz etwas von Rechten neben den Pflichten der MuslimInnen. Ramazan Demir ist aber nicht der einzige Seelsorger, der kostenlosen Einsatz leistet. Er erzählt, dass es auch jüdische Seelsorger gibt, die ehrenamtlich in den Haftanstalten tätig sind. Bei der Verpflegung der jüdischen Insassen konnten immerhin Verbesserungen erzielt werden, sie erhalten koscheres Essen, vom Ministerium bereitgestellt. Halal-Fleisch für Muslime suche man hingegen vergeblich.

Muslimische Seelsorger sind in Österreich ausnahmslos ehrenamtlich tätig. Meistens sind es islamische Religionslehrer, die ihre Freizeit „opfern“. Das Justizministerium ist sich der Problematik bewusst und stellt für österreichweit 46 muslimische Seelsorger pro Jahr 20.000 Euro zur Verfügung. „Das Geld reicht gerade einmal aus, um die Ausgaben und Fahrtkosten der Seelsorger abzudecken“, sagt Demir lächelnd. Im Klartext heißt das: Es fehlt eine Finanzierung durch den Bund. Die Sorge, dass Menschen sich in den Gefängnissen radikalisieren könnten, klingt vor diesem Hintergrund doch recht halbherzig.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Kampf um die Donauauen

Nicht zu unrecht hat der Ökologe und Au-Besetzer Bernd Lötsch seinen Beitrag in diesem Buch „Das Wunder von Hainburg“ benannt. Immerhin wurde nicht nur der Bau einer Staustufe und die Vernichtung der Stopfenreuther Au verhindert, sondern entstand aus dem ge-

retteten Gebiet sogar der Nationalpark Donau-Auen. Das ist der vielleicht größte Erfolg, auf den die Herausgeber dieses Buches aus Sicht der Zivilgesellschaft rekurrieren können. Eher unbekannt ist, dass schon in den 1970er Jahren ein gigantisches Wasserkraftwerk in der Wachau verhindert wurde. Ein Buch aus aktivistischer Perspektive, reich bebildert, das Erfolge und Niederlagen der Naturschutzbewegung resümiert. *red*

Bund Naturschutz, Gregor Louisoeder Umweltstiftung, Claus Obermeier (Hg.)

Der Kampf um die Donauauen
Oekom Verlag 2015
110 Seiten, 19,95 Euro



IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen); Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Magdalena Summereder,
Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger (eba), Piotr Dobrowolski,
Sonja Dries, Ayse Dursun, Adrian Engel, Stefan Kraft, Martin
Schenk, Margit Schratzenstaller, Philipp Sonderegger,
Ibrahim Yavuz

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Bulent Kilic / AFP

LEKTORAT:

Susanne Drexler

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Bernhard Spindler, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,
Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG

gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung:

Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch
gegen Rassismus und Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und
Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung
der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren
ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen
bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

SOS Mitmensch.

Wir
müssen
REDEN

gesellschaftsklima
tag
2016

Am 29.04.16 ist Gesellschaftsklimatag



Foto (c) Erich Gemold

gesellschaftsklima
bündnis

www.gesellschaftsklima.at

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

SOZIALSTAAT

Demo gegen Mindestsicherungs-Abbau

Derzeit findet ein frontaler Angriff auf den Sozialstaat statt. Die Mindestsicherung für Mehrkindfamilien soll gedeckelt werden. Darüber hinaus soll die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte radikal auf weniger als die Hälfte gekürzt werden. Die Ankunft Hilfesuchender wird als Vorwand verwendet, um Teile der Bevölkerung in bittere Armut zu verbannen. Für die Betroffenen wäre das eine Katastrophe. Die Attacke

auf den Sozialstaat trifft aber im Endeffekt alle. Denn die Verelendung und Ausgrenzung mittelloser Menschen führt zu tiefen sozialen Gräben und gefährdet das Zusammenleben und den Frieden im Land. Gegen eine solche Politik der sozialen Spaltung formiert sich eine Gegenbewegung. Anfang März fanden in Linz Proteste unter dem Motto „Hände weg von der Mindestsicherung“ statt.



Proteste gegen Mindestsicherungs-Abbau, Linz 2016

BENEFIZAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten – mitsteigern am 12. Mai 2016!



Am 12. Mai ist es wieder so weit. Zum 16. Mal findet die kuratierte Benefiz-Auktion zeitgenössischer Kunst zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche namhafte KünstlerInnen haben ihre Arbeiten gespendet. Das interessante

Angebot umfasst rund 100 Zeichnungen, Drucke, Gemälde, Fotoarbeiten und Skulpturen. Dafür herzlichen Dank an alle KünstlerInnen!

Ab Anfang April werden die Kunstwerke sowie die genauen Versteigerungsbedingungen auf der Homepage von SOS Mitmensch veröffentlicht. Der druckfrische Katalog kann ebenfalls ab Anfang April über die Homepage bestellt werden: www.sosmitmensch.at All jene, die die Kunstwerke schon vorab live sehen möchten, können die Arbeiten bereits ab Freitag, dem 6. Mai, während der Öffnungszeiten des Kassensaals (werktags von 10.00 bis 17.00 Uhr) besichtigen.

Wer mitsteigern möchte, kann das vor Ort

und genauso telefonisch tun. Auch ein Gebot kann schriftlich vor der Auktion abgegeben werden.

Der Verein SOS Mitmensch ist eine steuerbegünstigte Organisation. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Kauf einer Arbeit im Sinne der Spendenabsetzbarkeit steuerlich zu nutzen. Bitte fragen Sie rechtzeitig Ihre/n SteuerberaterIn oder Ihr Finanzamt.

Zeit und Ort der Veranstaltung:

Donnerstag, 12. Mai 2016

Beginn: 19.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)

Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse

Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

Asylsuchenden privat helfen

Bereits mehr als 45.000 hilfsbereite Menschen haben die Informationsseite von SOS Mitmensch besucht, auf der Kontaktinfos zu Hilfsinitiativen in allen Bundesländern aufgelistet sind. Neben der Bereitschaft des Staates, Starthilfe für neu Ankommende zu leisten, braucht es weiter privates Engagement. Infos auf: www.sosmitmensch.at

„Willkommen!“ ist ein guter Anfang

Es ist inzwischen zu einer politischen Modeerscheinung geworden, sich von der Willkommenskultur zu distanzieren. Dabei gibt es keine stärkere integrative Kraft als eine Kultur, die Menschen offen, hilfsbereit und respektvoll begegnet und die Solidarität, Menschlichkeit und Gleichberechtigung vorlebt. Es braucht mehr davon.

Sprechstunden der Vielfalt

Am Freitag, den 29. April, findet der dritte Gesellschaftsklimatag statt. In ganz Österreich werden „Sprechstunden der Vielfalt“ abgehalten, in denen über das Zusammenleben gesprochen wird.

Infos, wo Sprechstunden stattfinden, finden Sie hier: <http://gesellschaftsklima.at/Tag2016.html>



Sprechstunde der Vielfalt, Gesellschaftsklimatag 2014

ANDERE ÜBER ...

Kürzung allein nicht sinnvoll

Eine Reform der Mindestsicherung braucht ein Paket an Maßnahmen, um zu sinnvollen Effekten zu kommen.

Kommentar: Margit Schratzenstaller



Illustration: Petja Dimitrova

Seit einigen Wochen wird intensiv über Reformen der Mindestsicherung diskutiert. Unter anderem wird eine Deckelung des pro Familie monatlich ausgezahlten Betrages ins Spiel gebracht, wobei von einer Größenordnung von 1.500 € die Rede ist. Wie ist dieser Vorschlag zu beurteilen?

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass der Ausgabenposten, der hier zur Diskussion steht, verhältnismäßig klein ist. Zuletzt wurden für die Mindestsicherung 673 Millionen Euro ausgegeben: weniger als ein Prozent der Sozialausgaben. Die vorgeschlagene Deckelung würde nach Schätzung des Sozialministeriums knapp fünfzig Millionen Euro jährlich einsparen. Auch wenn solche Gegenüberstellungen immer hinken: Aber im Vergleich zu anderen Ausgabenposten mit diskussionswürdigen Wirkungen oder zu bestehenden Ineffizienzen bei den öffentlichen Ausgaben nimmt sich die Position in der Tat bescheiden aus: etwa gegenüber den Bankenhilfen, die bis Ende 2015 die öffentlichen Defizite um insgesamt 11,6 Milliarden Euro erhöht haben; oder gegenüber dem Einsparpotenzial im Spitalswesen (ohne Qualitätsverlust) von zwei Milliarden Euro jährlich.

Gleichzeitig ist fraglich, ob eine solche Kürzung wie beabsichtigt die Anreize für eine Arbeitsaufnahme tatsächlich erhöhen kann. Über zwei Drittel der MindestsicherungsbezieherInnen stoßen auf: Sie beziehen die Mindestsicherung ergänzend zu unzureichenden Erwerbseinkommen beziehungsweise Unterhalts-, Arbeitslosen- oder Notstandshilfeszahlungen. Eine Deckelung der Mindestsicherung würde viele dieser MindestsicherungsbezieherInnen in Armut drängen – davon wären insbesondere Familien mit mehreren Kindern betroffen.

Eine Kürzung der Mindestsicherung speziell für Asylberechtigte, wie sie gelegentlich auch vorgeschlagen wird, wäre mit dem Gleichheitsgrundsatz

wohl kaum vereinbar. Zudem haben anerkannte Flüchtlingsfamilien genauso hohe Ausgaben wie österreichische Familien, sodass eine Kürzung auch sachlich nicht gerechtfertigt erscheint.

Dennoch sollte das bevorstehende Auslaufen der Bund-Länder-Vereinbarung, die die Mindestsicherung regelt, für Reformen genutzt werden. Denn die Mindestsicherung bietet für Familien mit Kindern in der Tat zu wenig Anreize für eine Beschäftigungsaufnahme. Besonders zielführend erscheint der Vorschlag, der etwa von AMS-Chef Johannes Kopf oder dem Diakonie-Vizedirektor Martin Schenk vertreten wird: Dass nach einer Arbeitsaufnahme vorübergehend nur ein Teil des Verdienstes auf die Mindestsicherung angerechnet wird.

Gleichzeitig reicht eine Reform der Mindestsicherung alleine nicht aus. Erstens resultieren die Beschäftigungsprobleme im unteren Einkommensbereich auch aus Qualifikationsdefiziten: Hier sind (Aus-)Bildungs- sowie aktive Arbeitsmarktpolitik gefragt. Zweitens macht die nach wie vor unzureichende Betreuungsinfrastruktur für allein Erziehende eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit nicht selten unmöglich. Drittens gehört ein beträchtlicher Teil der (potentiellen) MindestsicherungsbezieherInnen zu jener Gruppe am Arbeitsmarkt, die – unabhängig von ihren Bemühungen bei der Jobsuche – von der derzeit schlechten Arbeitsmarktlage besonders betroffen ist. Was schließlich die Gruppe der Asylberechtigten angeht: Die unbürokratische Anerkennung der Qualifikationen, die sie mitbringen, und ihre möglichst rasche Integration in Bildungssystem und Arbeitsmarkt ist langfristig auch für die öffentlichen Budgets die sinnvollere Maßnahme, weil so auf individueller wie gesamtgesellschaftlicher Ebene eine erfolgreiche Integration mit entsprechend geringeren Kosten wahrscheinlicher wird.

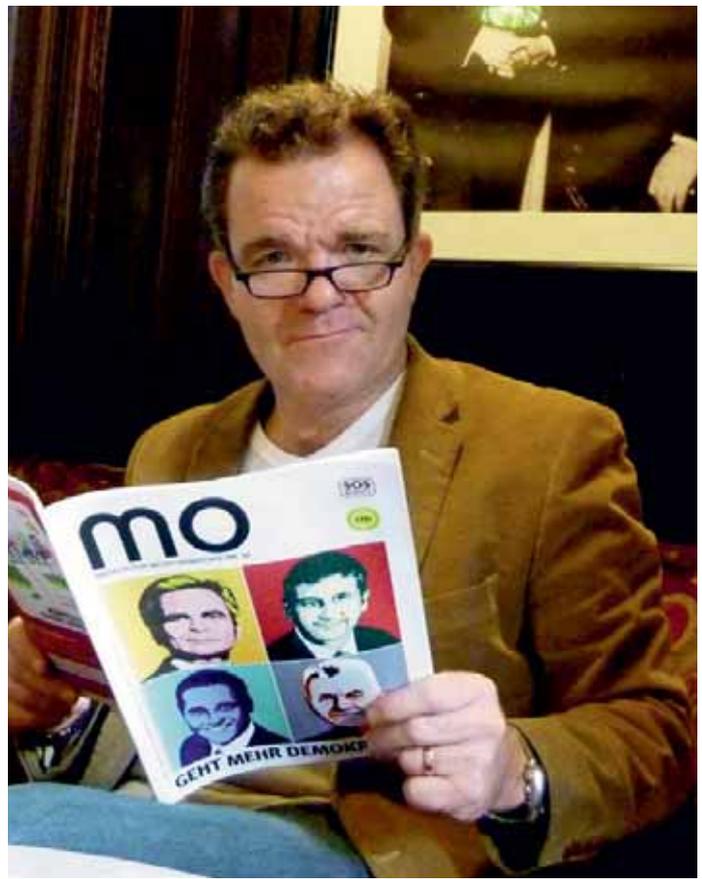
ZUR PERSON

Margit Schratzenstaller

Margit Schratzenstaller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Sie ist Expertin für Budget- und Steuerpolitik sowie Entwicklung und Reformen des öffentlichen Sektors. Zuvor war sie Lehrbeauftragte an der Universität Wien und an der Universität Gießen (D).

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



kunstauktion 2016



KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST zugunsten von **SOS MITMENSCH**

Donnerstag, 12. Mai 2016, 19.00, Großer Kassensaal der BAWAG P.S.K., Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien